

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungssliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 26.

Freitag den 31. Januar 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Eine neue Marinevorlage.

Im Reichsmarineamt wird eine neue Marinevorlage geplant. Während man drauf und dran ist, durch den Buchstaben die Volkswirtschaft auf das Tiefste zu erschüttern, will man neue, unerhörte Lasten auf die Schultern des Volkes legen, das so wie so schon bis zum Weißbluten ausgepreßt worden ist.

Die Vorlage, welche die Regierung plant, bezweckt vielerlei. Einmal die Vermehrung der Auslandslotte, welche im Flottengesetz von 1900 durch den Reichstag verweigert worden war, und ferner will die Vorlage das Flottengesetz in der Frage der Indiensthaltung der Schiffe ergänzen. Man hat nämlich, um die große Flottenvorlage von 1900 nicht zu gefährden, die Volkvertretung im Dunkeln gelassen, indem man ihr die damals schon gehegte Absicht, die Indiensthaltungen entsprechend dem möglichst beschleunigten Ausbau der Schlachtflotte zu steigern, verschwiegen. Der „Vorwärts“ ist in der Lage, den aktenmäßigen Beweis für die Wahrheit dieser Nachricht zu erbringen.

Unser Zentralorgan veröffentlichte Mittwoch einen vom 3. Januar d. J. datirten Erlaß des Reichsmarineamtes, bez. von Tirpitz, an die untergeordneten Instanzen, aus dem hervorgeht, daß im Winter 1904-05 dem Reichstag eine Novelle zum Flottengesetz vorgelegt werden soll, um die vom Reichstage bei der Beratung der letzten Flottenvorlage abgelehnte Vermehrung der Auslandsschiffe nachzuholen. Der Erlaß hat den Zweck, ziffernmäßiges Material zur Beurtheilung der Frage zu gewinnen, wie hoch sich die fortlaufenden Ausgaben des Marineetat's steigern werden, wenn in den Jahren 1906-1910 die Indiensthaltungen dem wachsenden Schiffsbestande und dem zu beschaffenden Personal angepasst werden. Es heißt in dem Erlaß, daß eine solche Steigerung der Indiensthaltung bei der Begründung des jetzt geltenden Flottengesetzes außer Acht gelassen sei, weil sonst die Flottenvorlage ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen und infolge dessen nicht ausreichte gewesen wäre. Das müßte aber im Winter 1904-05 nachgeholt werden, falls die finanziellen und verpolitischen Verhältnisse des Reiches uns dies irgendwie gestatten. Den Berechnungen soll der Schiffsbestand zu Grunde gelegt werden, wie er sich im Jahre 1910 unter der Voraussetzung ergibt, daß jährlich zwei Linienfahrzeuge, ein großer Kreuzer und drei kleine Kreuzer in Bau gegeben werden, und daß die Linienfahrzeuge und großen Kreuzer fünf Jahre, die kleinen Kreuzer vier Jahre nach der Bewilligung einberufen sind. Das ist im Wesentlichen der Inhalt des umfangreichen Schreibens.

Wir haben es hier wiederum mit einem schweren Attentat zu thun, gegen das das Volk aufgerufen werden muß. Nicht die Forderung allein müssen wir bekämpfen, sondern auch die Art, wie sie erhoben wird. Die Regierung scheint Umwege zu lieben, um zur Befriedigung ihres Wahnsinns zu gelangen, sie geht nicht offen und klar vor. Im Vertrauen auf die Dummheit der „regierenden“ Parteien glaubt sie sich, das Parlament zu einer Bewilligungsmaschine herabzubringen, mit deren formloser Zustimmung die Volkswirtschaft Opfer aufgelegt werden sollen. Und was? Das kann ja diese ziellose Regierung der ungerathenen Weltallpolitik selbst nicht sagen, und wenn sie es nicht wollte, würden wir es ihr nicht glauben. Denn was sind die Worte dieser Regierung! Man erinnere sich doch an ihre feierlichen Versicherungen bei dem letzten Flottengesetz!

Eine neue Brandfackel der Agitation ist mit dieser Nachricht in das Volk hineingeschleudert worden: Brodwucher und Wasserfexerei in hohem Vereine; wir kämpfen gegen beide, und wir besiegen sie noch beide. Denn dieser Regierung, die eine schädliche Maßregel an die andere knüpft, wird das Handwerk gelegt werden können, wenn das Volk seine Schuldigkeit thut. Tirpitz meint, 1904 solle die neue Marinevorlage dem Reichstage vorgelegt werden, bis dahin werden wir Reichstagswahl haben. Wir wollen sehen, ob der Mann Muth hat, seine Vorlage dem Parlamente vorzulegen, und wir hoffen und erwarten dürfen.

In der Budgetkommission des Reichstages kam Mittwoch die Beratung des Marineetat's, der im „Vorwärts“ veröffentlichte Erlaß zur Sprache. Auf eine Anfrage Müllers-Sagan (Fp.) erklärte Tirpitz, der Erlaß sei authentisch. Wenn er auch bedauere, daß er entworfen worden sei, so erkenne er doch nicht an, daß der Erlaß irgend etwas Gefährliches enthalte. Der Erlaß decke mit dem, was er (der Staatssekretär) seinerzeit in der Budgetkommission gesagt habe. Eine erhebliche Verstärkung der Auslandslotte sei unbedingt notwendig. Müllers-Sagan (Fp.) widersprach dem. Debelrieth, solche Erlasse

immer lieber in der „Nordd. Allg. Stg.“ zu veröffentlichen, weil sie sonst doch im „Vorw.“ erscheinen würden.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des Lüb. Volksbotes.)

Berlin, den 29. Januar 1902.

Der Reichstag hat es nun doch durchgesetzt, daß der Bundesrath seinen Schwerinstagen Beachtung schenkt, an denen Initiativanträge aus dem Hause verhandelt werden. Von den Ministern war heute Graf Posadowsky erschienen, und im Verlaufe der Sitzung fanden sich zahlreiche Vertreter der Einzelstaaten im Bundesrath ein. Ueberhaupt machte sich ein ungewöhnliches Entgegenkommen gegen Anregungen aus dem Hause bemerkbar. Das zeigte sich gleich beim ersten Verhandlungsgegenstand, bei dem Antrag Wassermann auf Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte. Hier erklärte ein Regierungskommissar, daß dem Hause noch in dieser Session ein entsprechender Gesetzentwurf zugehen werde. Von unserer Seite wies Rosenow auf die Verbesserungsbedürftigkeit des Antrags Wassermann hin und stellte für die Kommission, die sich mit dem Antrag weiter beschäftigen wird, Anträge auf Herabsetzung des Wahlalters und auf Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts an die weiblichen Handlungsgehilfen in Aussicht. — Dagegen hüllte sich die Regierung bei der zweiten Gruppe von Initiativanträgen, die heute zur Erledigung kamen, in vielstündiges Schweigen. Es waren die bekannten Anträge Rickert und Gröber auf Sicherung des Wahlgeheimnisses, die schon mehrmals vom Hause angenommen worden sind. Auch heute wurden sie ohne Kommissionsberatung gegen die Stimmen der beiden konservativen Gruppen angenommen. In der Debatte hatte der Reichsparteiler von Tiedemann sich gegen die Verjüngung gewendet, das „geheime Wahlrecht noch geheimer zu machen“, und durch einige Spätsätze über den Rickert'schen Clojetantrag die Sache zu diskreditiren gesucht. Genosse Auer wies an der Hand ausgezeichneten Materials die skandalöse Wahlmanche der Konservativen nach und betonte energisch, um wie ernste Dinge es sich bei der Sicherung wirklicher Wahlfreiheit handle. — Der dritte Initiativantrag endlich, der Toleranzantrag des Zentrums, fand formell noch nicht ganz seine Erledigung. In der Sache aber wurde das Zentrum sehr durch eine Erklärung des Grafen Posadowsky befriedigt. Danach hat Graf Bülow bei Mecklenburg und Braunschweig es durchgesetzt, daß die ungleichartige Behandlung der katholischen Kirche, die in diesen Ländern noch aus der Zeit des westfälischen Friedens stammt, beseitigt wird. Genosse Kunert betonte, daß die Dissidenten bei diesem Friedensschluß zwischen Regierung und Zentrum leer ausgehen. Die weitere Debatte wurde schließlich vertagt. Am Donnerstag findet die Fortsetzung der dritten Berathung der Branntweinsteuernovelle statt.

129. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesthisch: Niemand. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Wassermann (Fp.) betr. Vorgelegens eines Gesetzentwurfes wegen Einführung besonderer Gerichte für Rechtsstreitigkeiten aus dem kaufmännischen Verkehrsvertrage.

Wassermann (Fp.) Ueber die Nothwendigkeit der Einführung besonderer kaufmännischer Schiedsgerichte herrscht allgemeine Uebereinstimmung. Während der Antrag Raab die Angliederung dieser Schiedsgerichte an die Gewerbegerichte will, verlangt mein Antrag Anschluß an die Amtsgerichte. Die Hauptsache ist, daß die Feiher von den Prinzipalen und Handlungsgehilfen gemeinsam gewählt werden. Ich bitte, den Antrag einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Ministerialdirektor Caspar theilt mit, daß in naher Zukunft ein Entwurf, der diese Materie behandelt, zur Vorlage gelangen wird und stellt daher anheim, von der Einsetzung einer Kommission abzusehen.

Dr. Hise (Fp.) ist für die Ueberweisung des Antrags an eine Kommission.

Rosenow (Fp.): Auch wir sind für eine Ueberweisung an eine Kommission, in der man ja später auch die Vorlage der Regierung beraten kann. Wir werden in der Kommission Anträge stellen, die über den Antrag Wassermann hinausgehen. Wir halten den Anschluß der Schiedsgerichte an die Gewerbegerichte für das Beste. Die Handlungsgehilfen haben eingesehen, daß für sie nur durch Anschluß an die Gewerbegerichte etwas Zweckmäßiges herauskommen kann. Wir verlangen weiter, daß das Wahlrecht für das 21 Lebensjahr festgelegt wird, und auch für die weiblichen Handlungsgehilfen aktives und passives Wahlrecht angesichts der steigenden Zahl der Handlungsgehilfen (Bravo! b. d. Soziald.)

Genning (Fp.): Wir sind im Prinzip für den Antrag Wassermann. Ob sich die Schiedsgerichte an die Gewerbe- oder die Amtsgerichte anschließen sollen, muß die Kommission entscheiden.

Müller (Fp.) ist für Anschluß an die Gewerbegerichte und Ueberweisung des Antrags an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Das Haus beschließt hierauf die Ueberweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgt die Berathung des vom Abg. Rickert (Fp.) eingebrachten Gesetzentwurfes betr. Sicherung des Wahlgeheimnisses in Verbindung mit dem Antrag Gröber (Fp.) betr. Abänderung des Flottengesetzes durch den Reichstag.

Dr. Barth (Fp.): Das einzige Hinderniß, weshalb unser Antrag noch nicht Gesetz geworden ist, liegt im Bundesrath. Ich

kann mir aber nicht denken, daß dem Bundesrath die Vergewaltigung des politischen Gemisches, um die es sich hier handelt, unbekannt geblieben ist. Der Bundesrath muß den verwerflichen Machinationen mit den Stimmgeldern mit allen Mitteln entgegenarbeiten. In Baden und Württemberg haben sich ähnliche Maßnahmen sehr gut bewährt; wir müssen nun verlangen, daß der Bundesrath entweder unserem Antrag zustimmt, oder selbst einen Entwurf vorlegt. (Lebh. Beifall links.)

Risch (Fp.): Die beiden Anträge sind identisch. Ich bitte, unseren Antrag einstimmig anzunehmen und eine Kommissionsberathung abzulehnen.

Tiedemann (Fp.) verliest Stellen aus der Rede Windhorst vom 28 März 1867, die Bebenken gegen das allgemeine Wahlrecht enthält. Eine Kommissionsberathung ist schon nöthig wegen der vielen grammatischen Fehler, die der Entwurf enthält. (Heiterkeit.) Redner führt unter großer Heiterkeit einige Beispiele dafür an und beantragt schriftliche Ueberweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Komierowzky (Fp.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Risch an. Ich vermißte beim Reichskanzler in dieser Frage die klare und entschiedene Stellungnahme, die wir von ihm in der Polenfrage gewohnt sind.

Wassermann (Fp.): Wir sind für die geheime Abstimmung. Eine Kommissionsberathung halten wir für überflüssig und bitten um möglichst einstimmige Annahme der beiden Anträge.

Auer (Fp.): Wenn bloß politische Mängel die Ursache zu dem Antrag des Herrn v. Tiedemann wären, dann wäre es richtiger, den Antrag einem Schullehrer-Kollegium zu überweisen. Es kommt aber vor allem darauf an, daß kein Zweifel besteht; was mit dem Entwurf überhaupt erstrebt werden soll, das ist die Sicherung des Wahlgeheimnisses. Erfahrungen in anderen Ländern haben bewiesen, daß der angeführte Zweck in vollem Umfange durch die Maßnahmen der Vorlage gesichert wird. Wenn die geheime Wahl schon gesichert wäre, wäre der Antrag überflüssig, daß aber selbst die Konservativen nicht dieser Ansicht sind, beweisen, die Proteste gegen die Wahl des Abg. Gothein, bei denen man annehmen könnte, daß es sich um einen sozialdemokratischen Wahlstreik handelte. Es gäbe ja ein sehr einfaches Mittel, die Mißstände mit den verschiedenen Stimmgeldern zu beseitigen, indem sich die Parteien vor der Wahl über Größe und Art der Stimmgeld verständigten. Das wird aber von der Rechten fast stets abgelehnt. Herr Dertel sieht ja allerdings gerade in der Verschiedenheit der Stimmgeld die eigentliche Wahrung des Wahlgeheimnisses. (Heiterkeit links.) Ich weiß nicht, ob er das ernst gemeint hat. Einen kleinen Vortragschmaß, wie die Wähler über die Wahlmanipulationen der Konservativen denken, hat Ihnen ja die Wahl in Döbeln gezeigt. Herr von Tiedemann meinte, der Vorschlag, einen besonderen Verfall für die Wähler einzurichten, habe einen etwas komischen Beigeschmack. Es ist aber eine sehr ernste Sache, daß abhängige Leute verhindert werden, nach ihrer Ueberzeugung zu wählen. (Sehr richtig! bei den Soziald.) Weiter behauptet man, es solle in den Wahllokalen an Raum für einen Verfall fehlen. In dem Protokoll der Freisinnigen über die Wahl des Abg. Will in Stolp wird aber verchiedentlich angemerkt, daß man die Wähler in der Weise kontrollirte, daß man sie von einem Klassenfenster aus genau beobachtete. Wenn Ihnen (nach rechts) solche Lokale zur Verfügung stehen, dann dürfen Sie sich wirklich nicht über Raumangel beklagen. Ein Verfall kann von jedem Zimmerer oder Tischler leicht hergestellt werden. — Wie traurig die Zustände sind, beweisen die Klagen über den Mangel an richtigen Wahlurnen. Als solche werden Zigarrenkästen und ähnliche Gegenstände benützt. In Elsaß-Lothringen haben die Wahlurnen zwei Theile, einen für die Stimmzettel, einen für die Stimmzettel. (Heiterkeit.) Ein interessanter Artikel in der „Köln. Volksztg.“ berichtet, welche Mißbräuche im Dortmunder Wahlbezirk vorgekommen sind. Dem soll durch den Antrag abgeholfen werden. Der Wähler soll Gleichheit haben, bevor er an den Wahlstisch geht, einen Augenblick unbewacht seinem Willen Ausdruck zu geben. Gewiß kommt es auch bei uns in der Wahlzeit Dinge vor, die man nicht billigen kann, aber für jeden solchen Fall kann ich ein Duzend Wahlmanipulationen der Organe anführen. Bei der Wahlen Wahl in Stolp sind wahrhaft ungeheuerliche Dinge vorgekommen. In einem Briefe eines konservativen Vertrauensmannes an einen andern fand Folgendes: „Knöpf“ hat den Kerk vor, und sag ihm, was ihm passiert, wenn er mit seiner Gesellschaft nicht für Will stimmt. Er hat eine Majestätsbeleidigung ausgeprochen und wird bestraft, wenn man ihn anzeigt. Ich habe mit dem Landrath bereits gesprochen. Die Strafanzeige soll unterbleiben, wenn er thut, was wir wollen. Ich bitte, mit aller Kraft für den konservativen Kandidaten einzutreten.“ Bei der Wahl in Falle wurde gegen Kunert die Verleumdung ausgedroht, er sei wegen Verleumdung zum Diebstahl fähiggenommen worden. Das war unwarhaft; die Wahl wurde auch vom Reichstag kassirt und Kunert mit großer Majorität gewählt. Betreffs der Vorgänge im Wahlkreise Saalfeld liegt vor mir ein Zirkular eines konservativen Hauptmannes, welcher darin meint, daß die alten Mittel nicht mehr ziehen. (Heiterkeit.) Man müsse die Kriegervereine zu einer großen Versammlung einladen, müsse erst über Freizeitsverhältnisse sprechen und dann ein gemüthliches Zusammensein mit von der konservativen Parteikasse bezahltem Freibier abhalten. (Große Heiterkeit links.) Schließlich bringt man ein Hoch auf den konservativen Kandidaten aus und zwingt alle, für ihn zu stimmen. (Große Heiterkeit.) So werden die Wähler bearbeitet. Und angesichts dieser Thatfache ist es eine sehr ernste Angelegenheit, das Wahlrecht zu sichern. (Bravo! bei den Soziald.)

Dr. v. Debesow (Fp.): Er verwerfen nach wie vor den Antrag Wassermann. Wir stehen auch auf dem Boden des geltenden Wahlgesetzes. Wir wollen weder etwas davon wegnehmen, noch hinzuzügen.

Dech. Coburg (Fp.): Der Wähler muß seine Stimme ganz ungenutzt abgeben können. Willst du rüthend sich der Reichskanzler beim preussischen Ministerpräsidenten (Heiterkeit) wie die Wähler zu dem Antrag Rickert recht. In Bayern gibt es über alle Wahlurnen, daraus könnten sich die andern Staaten ein Muster nehmen. Richter

Dr. v. Debesow (Fp.): Er verwerfen nach wie vor den Antrag Wassermann. Wir stehen auch auf dem Boden des geltenden Wahlgesetzes. Wir wollen weder etwas davon wegnehmen, noch hinzuzügen.

Dech. Coburg (Fp.): Der Wähler muß seine Stimme ganz ungenutzt abgeben können. Willst du rüthend sich der Reichskanzler beim preussischen Ministerpräsidenten (Heiterkeit) wie die Wähler zu dem Antrag Rickert recht. In Bayern gibt es über alle Wahlurnen, daraus könnten sich die andern Staaten ein Muster nehmen. Richter

Dr. v. Debesow (Fp.): Er verwerfen nach wie vor den Antrag Wassermann. Wir stehen auch auf dem Boden des geltenden Wahlgesetzes. Wir wollen weder etwas davon wegnehmen, noch hinzuzügen.

Dech. Coburg (Fp.): Der Wähler muß seine Stimme ganz ungenutzt abgeben können. Willst du rüthend sich der Reichskanzler beim preussischen Ministerpräsidenten (Heiterkeit) wie die Wähler zu dem Antrag Rickert recht. In Bayern gibt es über alle Wahlurnen, daraus könnten sich die andern Staaten ein Muster nehmen. Richter

Sie, bitte, den Antrag Rückert mit möglichst großer Majorität an.

(Bravo! links.)

Darauf schließt die Diskussion.

Im Schlußwort hebt

Dr. Bachmide (Fg.) hervor, daß der anwesende Regierungsvertreter geschwiegen habe; damit moche sich die Regierung zum Mitschuldigen an dem Unfug. Windhorst ist, nachdem er die preussische Wirtschaft kennen gelernt hat, auch für geheime Abstimmung im preussischen Landtag eingetreten. Die konservative Partei ist eine Gegnerin der geheimen Abstimmungen. Herr v. Tiedemann fordert die Befreiung der geheimen Abstimmung als Kompensationsobjekt für Diäten. Die Ausführung des Antrags ist nicht unmöglich, er ist gestellt im Namen der politischen Moral. (Bravo!)

Der Antrag von Tiedemann auf Kommissionsberathung wird hierauf gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.

Das Haus tritt in die zweite Lesung ein.

Die Anträge Rückert und Gröber werden ohne weitere Diskussion gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Hierauf tritt das Haus in die zweite Lesung des Antrages Dr. Lieber (F.) und Genossen betr. die Freiheit der Religionsübung ein. (Berichterstatter Dr. Richter) § 1 bestimmt in der Kommissionsfassung: Jedem Reichsangehörigen steht innerhalb des Reichsgebietes volle Freiheit der Religionsbekenntnisses, der Vereinigung in Religionsgemeinschaften, sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung zu. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.

Die Abg. Dr. Lieber und Dr. Sattler (N.) beantragen dazu folgenden Zusatzantrag: Der Erlaß von Gesetzen zur Ausführung des vorstehenden Grundgesetzes ist bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes über Vereins- und Versammlungsrecht Sache der Einzelstaaten.

Grader (Fg.): Eine reichsgesetzliche Regelung des § 1 ist durchaus nöthig. Zur Förderung des religiösen Friedens ist diese Vorlage sogar ein bedeutender Schritt. § 1 ist wörtlich aus der preussischen Verfassung übernommen und der bestehende Zustand hat sich in Preußen durchaus bewährt. Ich bitte, diesen Paragraphen unverändert anzunehmen.

Dr. Lieber (N.): Wir können für § 1 nur dann stimmen, wenn auch der Zusatzantrag angenommen wird. In dem Bedauern über jeden Fall, wo die Gewissensfreiheit eines Staatsbürgers in den Einzelstaaten beschränkt wurde, sind wir alle einig. Wir freuen uns, daß das Centrum sich nunmehr auf einen modernen Standpunkt stellt. Wir fürchten durch die Annahme des Paragraphen Konflikte zwischen Reichsrecht und den bestehenden Landesgesetzen. Wir halten die Schaffung eines Reichsvereins- und Versammlungsrechtes für den allein richtigen Weg zur Beseitigung der Mißstände. (Bravo! b. d. Natl.)

Grav. Verstorff-Landenburg (N.): Wir haben Bedenken gegen den Paragraphen, weil wir darin den Anfang sehen, die Kompetenz des Reiches auf dieses Gebiet auszuweiten. Auch ich würde ein Reichsvereins- und Versammlungsrecht mit Freuden begrüßen. Schwierigkeiten, die man in manchen Einzelstaaten der freien Religionsübung bereitet, wünsche auch ich beseitigt.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Herr Reichskanzler hat bereits bei der ersten Lesung dieses Entwurfes betont, daß die Regelung der in § 1 enthaltenen Materie den Einzelstaaten vorbehalten ist. Es kann aber nicht bestritten werden, daß in einem Bundesstaate, wo jeder Staatsbürger in jedem einzelnen Staat seinen Wohnsitz wählen kann, es wünschenswerth ist, daß die Ungleichheiten auf dem Gebiete des Kirchenstaatsrechts gegenüber den katholischen Reichsangehörigen, möglichst beseitigt werden. Daher hat sich der Herr Reichskanzler zunächst an die medlenburgerische Regierung gewandt mit der Anfrage, wie weit den Wünschen dieses hohen Hauses Rechnung getragen werden könne. Die medlenburgerische Regierung hat erklärt, sie sei entschlossen, den Katholiken das Recht der öffentlichen Religionsübung im wesentlichen in gleicher Weise, wie in Preußen und Bayern, zu gewähren. Der Herr Reichskanzler ist entschlossen, auf diesem Gebiete durch bundesfreundliche Verhandlungen die noch bestehenden Rechtsungleichheiten zu Ungunsten der Katholiken zu beseitigen. Ich bitte Sie, erst abzuwarten, welchen Erfolg diese Thätigkeit haben wird. (Beifall im Zentrum)

Medlenburgerischer Bundesbevollmächtigter Dr. Langfeld: Meine Regierung wird alle berechtigten Wünsche der katholischen Kirche erfüllen. Sie hat eine Vorlage eingebracht, die in § 1 den Katholiken die öffentliche Religionsübung zugesichert, § 2 billigt allen Gebäuden und Einrichtungen der katholischen Kirche denselben Rechtschutz zu, wie den Einrichtungen der lutherischen Landeskirche. § 3 macht lediglich die Vorbehalte, daß die landesherrlichen Rechte und Hoheitsrechte unberührt bleiben, die im gleichen Umfang in Preußen und Bayern der katholischen Kirche gegenüber bestehen. (Bravo! im Zentrum)

Brandenburgischer Bundesbevollmächtigter Frhr. v. Graum-Bargdorf erklärt, daß dem brandenburgischen Landtage ein Entwurf vorgelegt sei, der die volle Parität für Katholiken und Protestanten bringe.

Dr. Baehem (F.): Die Erklärungen der Regierungsvertreter bedeuten den Ausdruck einer neuen Zeit. Hoffentlich wird nun auch Sachsen dem Beispiele Medlenburgs und Brandenburgs folgen.

Kanert (SD): Wir verlangen Trennung der Kirche vom Staat und absolute Freiheit der religiösen Meinungen. Daher stimmen wir dem § 1 des Entwurfs zu. Die Erklärung des Grafen Posadowsky befriedigt uns nicht, denn die Diffidenden sind in ihr gar nicht berücksichtigt. — Der Zusatzantrag Lieber lehnen wir ab, da er aus partikularistischen Bestrebungen entspringt. (Beifall bei den Soz.)

Hierauf wird ein Verlagsantrag angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.

(3. Lesung der Brandenburgerischen Vorlage; 2. Berathung des Entwurfs des Reichsamt des Januars.)

Schluß 6 Uhr.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Ein glänzender Wahlsieg ist von der Sozialdemokratie im 10. sächsischen Wahlkreise Döbeln-Koschütz erreicht worden. Unser Kandidat, Genosse Grünberg, wurde mit 11 781 Stimmen gewählt. Der nationalliberale Gegenkandidat, Landtags-Abgeordneter Vogel, erhielt 6119, der konservative Kandidat, Entschleiser Sachse, 5340 Stimmen. Die ganze Bedeutung der Wahl erhellt, wenn wir die Stimmengahlen von 1898 mit den jetzigen in Vergleich stellen. Damals erhielt Genosse Grünberg 9758, der Nationalliberale Dr. Lehr 5938, der konservative Kandidat 5406 Stimmen. In der Stichwahl wurde Dr. Lehr (N.) mit 11 925 Stimmen gewählt, während sich auf Grünberg 10 681 Stimmen. Der Fortschritt ist also ein ganz gewaltiger für die Sozialdemokratie. Fast zweitausend Stimmen mehr! Das ist ein so hochbedeutendes Ergebnis, wie es nicht besser gedacht werden kann. Der nationalliberale Kandidat hat demgegenüber nicht wesentlich an Stimmen gewonnen, während der Agrarier an Stimmen sogar eingebüßt hat. Das ist ein neues, diesmal völlig unantastbares Verdikt über die Brodwandigerer, das nur verschärft wird dadurch, daß

es in einem vorwiegend ländlichen Wahlkreise gefällt wurde. Der Wahlkreis war früher zumest freisinnig, dann einmal (1887) nationalliberal, 1890 und 1893 konservativ und zuletzt seit 1898 wieder nationalliberal vertreten. 1893 und 1898 kam unter Kandidat in die Stichwahl, ohne den Sieg erlangen zu können. Jetzt ist der Kreis in dem ersten Wahlgang erobert mit einer Stimmengahl, die um fast 1100 höher ist als unsere Stimmengahl bei der Stichwahl 1898. Damit ist auch dieser Wahlkreis für alle Zeit der Sozialdemokratie gesichert. Genosse Grünberg komplettiert wieder unsere Abgeordnetenzahl auf 57. Ed. Bernstein in Breslau wird demnächst als 58ster folgen.

Die Zolltariffkommission des Reichstages ist auch Mittwoch mit dem § 8 des Zolltarifs und den dazu gestellten agrarischen Schutzanträgen, die auf Einföhrung von Ursprungszeugnissen hinauslaufen, nicht fertig geworden. Die Agrarier und ihre Freunde in der Kommission stellen in dieser Frage immer neue Anträge, ändern die gestellten ab, ziehen sie wieder zurück und bringen sie dann schließlich wieder ein. Es herrscht offenbar in ihren Reihen große Verwirrung. Die Regierung und die Mitglieder der Linken bekämpfen diese Anträge nachdrücklich. Eine Abstimmung war noch nicht möglich.

Zur Lebensbeschreibung des antisemitisch-konservativen Reichstagsabg. M. Massow, der jüngst sich durch eine Rede im Pöckelsklub bekannt machte, schreibt die „Königsb. Post. Ztg.“: „Herr v. Massow war nicht immer Volkserntreter, er hat nicht immer so schöne Reden wie am Sonnabend gehalten. Er war auch einmal Rittmeister bei den Wrangel-Kürassiren in Königsberg. Damals verkehrte er, wie uns versichert wird, viel und gerne in wohlhabenden Kaufmannsfamilien — und zwar ohne Rücksicht auf die Konfession. Ja, er bewarb sich sogar um die Hand der Tochter eines sehr reichen jüdischen Großkaufmanns, und es soll nicht an ihm gelegen haben, daß er sie nicht erhalten hat. — So ändern sich die Zeiten!“

Eine schöne Ueberraschung ist dem bayerischen Volke geworden. Die ultramontane „Germania“ berichtet: Ministerialrath Wisner theilte in der Kammer mit, daß die im Finanzgesetz für die Vorkaufserhebung reservierten drei Millionen zur Hälfte (für 1900) „verrechnet“, d. h. aufgebraucht, für diesen Zweck also nicht mehr vorhanden sind.

„So etwas ist noch nicht dagewesen,“ bemerkt das Zentrumblatt dazu. „Die Millionen müssen halt zurückgerechnet werden. Da hilft alles nichts.“

Kleine politische Nachrichten. Die Budget-Kommission des Reichstages genehmigte Mittwoch den Etat für Kantschau und bewilligte für die Bildung einer Chinesentruppe die Hälfte der geforderten Summe. — Bei der Berathung des Etats der Bergwerksverwaltung in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses theilte Minister Möller u. A. mit, daß die den Anlauf von Kohlenbergwerken im westfälischen Revier betreffende Vorlage dem König zur Unterschrift vorliege. Einiges Weitere, was er darüber mittheilte, war vertraulich. — Staatsanwaltschaftsrath Gany, der jüngst auf dem Kommerz der alten Bismarckstraße bekannt wurde, daß es viele Ehrenhäufel giebt, die gar keine andere Lösung zulassen, als einen Gang mit dem Waffens, ist nach der „Volks-Zeitung“ von Berlin an die Staatsanwaltschaft in Hagen versetzt worden, wo er bereits am nächsten Sonnabend seine Amtsgeschäfte übernimmt. — Der große Elberfelder Militärbefreiungsprozess vom April v. J. wird, nachdem die von den Angeklagten eingelegte Revision zum Theil für begründet erachtet worden ist, am 3. Februar nochmals zur Verhandlung kommen. 13 Personen werden sich zu verantworten haben. Für die Verhandlung sind 14 Tage in Aussicht genommen. — Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ stellen fest, daß Herr Krupp patibulisch oder seine Firma an diesem Betrugunternehmen mit Aktienbesitz nicht mehr theilhaftig ist. — Ueber ein Bergungsglück wird aus Roubaix (Belgien) berichtet: In dem nicht mehr im Betrieb befindlichen Schacht Nr. 4 der Grube Conant, in den Dienstag Abend drei Arbeiter hinabstiegen, um nothwendige Arbeiten auszuführen, fand Mittwoch Morgen eine Explosion schlagender Wetter statt. Da große Gesteinsmassen einströmten, ist es bis Nachmittags noch nicht gelungen, zu dem Bergungsglücken vorzudringen. — Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, ist ein Beamter des türkischen Konsularats in Sofia, der Syrer Gabriel Ghazel Effendi, aus politischen Gründen verhaftet und in das Gefängniß gebracht worden.

### Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Wie dem „Hamb. Corr.“ an amtlicher Stelle in Berlin versichert wurde, hat die niederländische Regierung ihre Aktion zu Gunsten des Friedensschlusses in Süd-Afrika auf eigene Hand, sogar ohne Kenntniß der Burenkommission in Brüssel, und nicht als Beauftragte der Mächte unternommen. Ueber den Inhalt der holländischen Vorschläge ist in Berlin nichts bekannt. Wie weit die Annahme zutrifft, daß der holländische Ministerpräsident Kuyper seine Vorschläge auf Grund der Kenntniß der Stimmung der maßgebenden, in Süd-Afrika thätigen Burenführer und mit ihrer Zustimmung gemacht hat, müsse abgewartet werden. Wie der „Soh. Ztg.“ aus London gemeldet wird, nimmt man trotz der unverständlichen Sprache der ministeriellen Presse dort allgemein an, daß der Friede in Sicht sei. Für Freitag sei ein Ministerrath anberaumt. Bis dahin werden weitere Mittheilungen der holländischen Regierung und direkte Meinungsäußerungen der Burenführer selbst erwartet. Einer holländer Depesche zufolge beschränkt sich die Mitwirkung der holländischen Regierung auf das Ersuchen, England möge seine endgültigen Friedensbedingungen angeben. Gleichzeitig biete das holländische Kabinett seine guten Dienste an, ohne jedoch deren Erfolg verbürgen zu können.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 30. Januar.

Der Zuzug von Schiffbauern, Schlossern, sowie überhaupt von Metallarbeitern nach Kiel ist streng fernzuhalten, da die Germania-Werft nachgewiesenermaßen Lohndrücker von auswärts zu importiren versucht.

Achtung, Gewerkschaftsmitglieder! Der Kassirer der Aufsichtskommission des Arbeiter-Sekretariats, Genosse Hoff, sowie der Kassirer des Gewerkschafts-Kartells, Genosse Krauß, sind Sonnabend, Montag und Dienstag, Abends von 8 1/2 Uhr ab, im „Bereinshaus“, Zimmer Nr. 7, zur Entgegennahme der Beiträge anwesend.

Mit der Schneefahrt in den Straßen sind in den letzten Tagen neben Mannschaften des Straßenreinigungskorps auch etwa 100 Arbeitslose beschäftigt gewesen. Der Lohn für diese Hilfskräfte soll 25 Pf. pro Stunde betragen haben, außerdem ist den Leuten nach bürgerlichen Zeitungs-meldungen während der Frühstücks- und Vesperpause je eine Tasse Kaffee verabfolgt worden. Falls sich diese Nachrichten bestätigen sollte, so halten wir einen Stundenlohn von 25 Pfennig für viel zu niedrig. Jedenfalls glaubt das Polizeiamt, die wirtschaftlichen Verhältnisse auch für sich ausnützen zu müssen. Der Staat soll aber als Arbeitgeber allen anderen Arbeitgebern mit gutem Beispiel vorangehen; in diesem Falle geht er ihnen allerdings auch mit einem Beispiel voran, aber mit einem schlechten, zu Lohnherabsetzungen ermunternden. Auf die beiden Tassen Kaffee — die wohl nicht ganz mit Unrecht als Bichorienbrühe bezeichnet werden können — hätten die Hilfskräfte gern verzichtet, speziell, wenn man ihnen ohne — Kaffee mindestens 30 Pf. stündlich gezahlt hätte. — Ferner sind wir der Ansicht, daß sich bei einem einigermaßen guten Willen noch weit mehr Arbeitslose hätten anstellen lassen, als es geschehen ist. Wenn auch in der inneren Stadt die Schneemassen ziemlich beseitigt sind, so findet man doch in den Vorstädten noch große Haufen Schnee. Konnten nicht auch zur Beseitigung dieser Mengen Arbeitskräfte angenommen werden? In einer Zeit der Krise sollte der Staat es sich zur Ehre anrechnen, für seine arbeitslosen Angehörigen durch Verschaffung von Arbeitsgelegenheit Sorge zu tragen.

Der erste Schritt beim Bahnbau ist gemacht, indem die Ausführung der Erarbeiten und der Durchlässe, sowie die Legung des Gleises der Lübeck-Schlutupper Bahn dem hiesigen Erdbauunternehmer Meyn übertragen worden ist. Unzweifelhaft wird der Unternehmer bei den Arbeiten zunächst nur hiesige Arbeiter beschäftigen, sodas bei einigermaßen günstiger Witterung der Hoffnung Ausdruck gegeben werden kann, daß einem Theile der Arbeitslosen nunmehr Arbeitsgelegenheit verschafft ist. Hoffentlich läßt nun auch die Inangriffnahme der übrigen Arbeiten zum Bahnhof nicht mehr lange auf sich warten!

Der Zuzug von Schlachtern nach Kiel ist fernzuhalten, da von Seiten der dortigen Meister ein Schlag gegen die junge Organisation geplant wird. Nachdem von ca. 200 Schlachtern nicht weniger als 150 dem Verbands beigetreten sind, versuchen die Meister, die Gesellen in die alte Zunftklasse der Schlachter-Brüderlichkeit hineinzubringen, wo die jungen Leute unter der Fuchtel der Meister stehen. Dieser Versuch ist aber bis jetzt mißlungen, deshalb suchen sie jetzt durch Kündigung und Entlassung von Mitgliedern des Verbandes diesen zu schädigen. Bei vier der größeren Meister sind bereits einzelne Kündigungen erfolgt. Die Kollegen der davon Betroffenen haben sich jedoch mit diesen solidarisch erklärt und gleichfalls ihre Kündigung eingereicht. Zu Folge dessen steht in der nächsten Zeit die Entlassung von etwa 20 Gesellen bevor. Die Meister suchen jetzt in auswärtigen Zeitungen Arbeitskräfte. Hoffentlich haben sie damit wenig Erfolg. Inzwischen hat die neue Organisation bei den Meistern brieflich angefragt, ob sie dieselbe als berechtigt anerkennen wollen, um mit ihnen über vorhandene Mißstände beim Arbeitsverhältniß zu verhandeln. Ferner, ob sie gewillt sind, den Gesellen Sonntags die ihnen zustehende gesetzliche Ruhezeit zu gewähren, und endlich, ob sie bezüglich des Logiswesens Verbesserungen, namentlich in sanitärer Beziehung, einzuführen gedenken. Von den Arbeitgebern ist jedoch bis jetzt eine Antwort nicht eingegangen. — Lasse sich also kein Schlachter verleiten, nach Kiel zu gehen!

Ueber die Frage: Klein- oder Großbetrieb? handelte es sich in der Sitzung der Strafkammer am Mittwoch. Der frühere Inhaber der hiesigen Privatpost „Hansa“, J., war im Vorjahre wegen Vergehens gegen die Konkursordnung — er hatte keine ordentliche Buchführung gehabt und keine Bilanzen gezogen — zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt worden. Seine hiergegen eingelegte Revision hatte Erfolg; das Urtheil wurde aufgehoben, weil nicht mit genügender Deutlichkeit festgestellt worden war, daß der Geschäftsbetrieb J.'s ein über den Umfang des Kleinbetriebes hinausgehender kaufmännischer sei. In der gestrigen Verhandlung bejahte das Gericht die Frage, ob der Betrieb des Angeklagten ein kaufmännischer, über die Grenzen des Kleinbetriebes hinausgehender sei und erkannte auf die frühere Strafe. Nur in einem solchen Falle war der Angeklagte nämlich zur Führung von Büchern verpflichtet.

Mit dem Bau einer neuen Anlegebrücke für die Dampfer der Hasenrundfahrt ist nunmehr unterhalb der Drehbrücke begonnen worden. Der Bau einer derartigen Brücke ist speziell bei höherem Wasserstand der Trave unbedingt erforderlich.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung bestimmte die bisherigen Vertrauensärzte, Dres. Gaggow, Hofftaetter, Ziehl und Hartmann, auch für dieses Jahr zu Vertrauensärzten des Schiedsgerichts.

L. Im Stadttheater erschien Mittwoch auf der Bühne eine der bekanntesten Berliner Schauspielerinnen, Rosa Bertens vom Deutschen Theater, und zwar als Janetta in der „rothen Robe“ von Brichg. Die Künstlerin hat in derselben Rolle bereits in der Reichshauptstadt große Erfolge erzielt, und auch hier blieb ihrer Kunst der Beifall nicht verlag. Sie traktete die Gestalt der armen, unglücklichen Frau mit vielen charakteristischen Zügen aus, die geeignet waren, den Eindruck zu verstärken, welchen die Bäuerin durch ihre natürliche Einfachheit und Schlichtheit macht. In den Momenten höchster Erregung, wie in der Anklage des ganzen richterlichen Systems im 2. Akt, war ihre Darstellung von geradezu hinreißender Wirkung. Besonders gut gelang ihr auch die letzte große Szene, die mit dem Morde Mouzons endet. — Freitag Abend verabschiedet sich bereits die Künstlerin, und zwar als Eläre im „Hüttenbesitzer“ von Ohnet. Wir sehen mit gespanntem Interesse dieser Aufführung entgegen.

Zur Stammmrolle haben sich am Freitag, den 31. ds. Mts., von 9-1 Uhr, anzumelden: die Militärpflichtigen der Stadt Lübeck und der Vorstädte, deren Name mit dem Buchstaben W., X., Y. oder Z. anfängt.

Zu dem Bericht über die Verhältnisse auf der St. Jürgen Dampfmühle wird uns mitgetheilt, daß aus einem Doppelzentner Weizen neben 140-144 Pfund gutem Mehl außerdem noch 10 Pfund — nicht, wie in dem Bericht bemerkt, 19 Pfund — Weizenmehl Nr. 1 gezogen werden.

**Ein Briefmarken**, der in letzter Zeit verschiedentlich aus dem im Hausflur des hiesigen Postamts aufgestellten Briefkasten Briefsendungen entwendete, ist auf frischer That in der Person des zwölfjährigen Knaben W. erwischt worden. Der kleine Thunichtgut hat die Briefe entwendet, um sich die Marken anzueignen. Die Briefe selbst hat er theils vernichtet, theils fortgeworfen.

**Verein für Gesundheitspflege.** Eine sehr gut besuchte Monats-Versammlung fand am Mittwoch in der „Vauhütte“ statt. Die Tagesordnung erledigte sich sehr rasch. Herr Sato hielt seinen Vortrag über „Bazillen und deren Züchtung.“ Eine kurze Debatte entwickelte sich bei der Arztfrage. Die Mittelheilungen über das Stützfest, zu welchem die freundliche Mitwirkung des Herrn Franz Frank, Heldenbaritons unseres Stadttheaters, feststeht, wurden mit Freuden begrüßt. Am Sonntag, den 2. Februar, ist eine Wanderung nach Hansfelde arrangirt. Die Hauptversammlung findet am 21. Februar statt.

**pb. Diebstahl und Hehlerei.** Ermittelt wurde ein Maschinenbauer, der einem Elektrotechniker größere Mengen Kupferdraht und Nothguftheile stahl. Gleichzeitig wird sich ein Kommis, der diese Sachen für ihn verkaufte, wegen Hehlerei zu verantworten haben.

**Festgenommen** wurden am gestrigen Tage 15 Personen wegen Bettelns.

**pb. Butterliebhaber.** Ein Handelsmann aus Herrsburg zeigte an, daß ihm gestern Mittag von seinem Wagen, der kurze Zeit in der Nähe der Markthalle in der Beckergrube unbewacht stand, ein länglicher Weidenkorb mit etwa 25 Pfund Butter in einzelnen Pfundstücken gestohlen sei.

**Stodelsdorf.** Zur Rechtsmachung der Gemeindeglieder. Wie unsern Lesern noch erinnerlich sein dürfte, war der Schulbau entgegen dem Beschlusse des Gemeinderaths von der Schulkommission dem Unternehmer Möller übertragen worden. Die Regierung in Götting stimmte diesem Vorgehen zu. Darauf wurde von Seiten dreier Mitglieder des Gemeinderaths — unter nachträglich eingeholter Zustimmung der Gemeindeglieder — am 26./29. Oktober v. Js. ein Protest beim Ministerium des Innern eingereicht, der später, 10./13. November, von sämtlichen Gemeinderathsmitgliedern, mit Ausnahme eines Einzigen, begründet wurde. Am 21. Januar ds. Js., also nach nahezu drei Monaten, hat sich nun endlich das Staatsministerium gemüßigt gesehen, eine Antwort auf diesen Protest zu ertheilen. Die Antwort ist auch darnach; das Staatsministerium hätte sich diese gerne sparen können, dann würden die Beschwerdeführer auch um 11 Mk. 55 Pf. Kosten, welche für diese „Antwort“ zu bezahlen sind, reicher gewesen sein. Das Schreiben des Staatsministeriums hat folgenden Wortlaut:

Auf die von Ihnen und anderen Stodelsdorfern Gemeindegliedern unterm 26./29. Okt. v. Js., bezw. 10./13. November v. Js. erhobene Beschwerde gegen die Verfügung der Großherzoglichen Regierung in Götting vom 14. Oktober v. J., betreffend Zuschlagserteilung zum Anbau an der Schule in Stodelsdorf, erwidert das Staatsministerium als Gesamtministerium, daß die Beschwerde als unzulässig zurückgewiesen wird, da Ihnen ein Beschwerderecht nicht zusteht, welches vielmehr nur dem Gemeinderathe selbst innerhalb der vorgezeichneten Frist zusteht. Von dieser Entscheidung wollen Sie die übrigen Beschwerdeführer in Kenntniß setzen.

Oldenburg, 1902 Januar 16.  
Staatsministerium.  
Willich.

Zunächst sei festgestellt, daß in diesem Schreiben eine große, uns unverständliche Unrichtigkeit enthalten ist. Die Beschwerde ist nicht etwa von Gemeindegliedern, sondern, wie schon oben bemerkt, von Gemeinderathsmitgliedern erhoben worden. Wir richten hiermit die offene Anfrage an das Staatsministerium, welchen Ursachen diese offenkundige Unrichtigkeit ihre Entstehung verdankt. Ferner geht das Ministerium von der Ansicht aus, daß das Beschwerderecht nur dem Gemeinderathe selbst

zugestanden hätte. Wir verweisen die weisen Herren vom grünen Tisch aber darauf, daß 11 Mitglieder — von 12 — des Gemeinderaths die Begründung der Beschwerde und damit letztere auch selbst anerkannt haben. Nach dieser Richtung hin ist der Bescheid wohl eingetragenen Bureauftraten verständlich, dem gesunden Menschenverstand eines gewöhnlichen Sterblichen aber entpricht diese vom Ministerium geübte „Konsequenz“ nicht. Die Gemeindeglieder Stodelsdorfs aber ersehen aus dieser Antwort, wie die Regierung den Wünschen ihrer Unterthanen entgegenkommt und mit welchen nichts sagenden Gründen sie dieselben abweist. — Doch nicht allein dem Ministerium, sondern auch dem oldenburgischen Landtag sind die Wünsche und Beschwerden der Stodelsdorfer Luft. Nachdem neben der Beschwerde auch eine von nahezu 400 Gemeindegliedern unterzeichnete Petition an den Landtag gerichtet war, in der um Abstellung der betr. Bestimmungen der Gemeindeordnung ersucht wurde, da konnten die Petenten hoffen, daß sich der Landtag ihren berechtigten Wünschen annahm. Aber weit gefehlt! Entsprechend dem Urtrage des Ausschusses wurde einfach zur Tagesordnung überggegangen. Das ist die Antwort der „Volksvertreter“ im Oldenburger Landtage auf eine von mehreren Hundert Steuerzahlern eingereichte Petition. Wir begegneten den unklaren Bemerkungen in verschiedenen Zeitungen über diese Sache immer noch mit Mißtrauen, bis wir dann schließlich dieser Tage den amtlichen Auszug aus dem Protokoll erhielten, in welchem die Rücksichtslosigkeit des Landtages bestätigt wurde. — Die Stodelsdorfer Einwohner ersehen also aus diesen beiden Bescheiden, was sie von Regierung und Landtag zu erwarten haben; sie sind einer fünfalieliedrigen Kommission willenlos überliefert. Da ist es ihre Pflicht, als Protest gegen diese Bescheide bei den im Herbst bevorstehenden Landtagswahlen nicht einem Freunde der Regierung sondern einem Vertreter ihrer Interessen, einem Sozialdemokraten, ihre Stimme zu geben. Weiter aber ersehen sie aus dem Verhalten der bürgerlichen und sogenannten unparteiischen Presse, die bekanntlich kein Wort der Kritik in dieser ganzen Angelegenheit hatte, was sie von einer solchen Presse zu halten haben. Mögen sie deshalb aus diesen Thatsachen ihre Lehre ziehen und auf die Presse abonnieren, welche jederzeit ihre Interessen vertreten hat, und das ist die Arbeiterpresse.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Die Tabakarbeiter in der Fabrik von Niemann in Neumünster haben die Arbeit niedergelegt, weil N. eine neue Facon einführen, für dieselbe aber statt 11 nur 9 Mk. zahlen will. Zuzug von Tabakarbeitern ist strikte ferngehalten. — Die Maurer und Zimmerer in Pinneberg haben an die Meister eine Lohnforderung gestellt. Es wird ein Stundenlohn von 50 Pfg. verlangt; bisher erhielten die Gesellen nur 45 Pfg. pro Stunde. Bei der Unterhandlung mit der Lohnkommission erklärten die Meister sich bereit, einen Stundenlohn von 48 Pfg. zu bewilligen. Derselbe soll vom 1. Juli ds. Js. ab bezahlet werden und soll für 2 Jahre gelten. Während dieser Zeit soll keine weitere Forderung auf Lohnerhöhung gestellt werden. Auf diese Offerte werden selbstverständlich die Gesellen nicht eingehen.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Wegen Gotteslästerung, begangen in der Herberge zu Fürstenberg, wurde ein Tuchmacherselle zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt. — Als der Erbpächter Prahl aus Bakendorf mit seinem Sohne nach Hagenow fahren wollte, scheute das eine der beiden Wagenpferde. Prahl sprang vom Wagen, kam jedoch zu Fall und schlug mit dem Kopf gegen einen Prellstein. Er zog sich einen Schädelbruch zu und verstarb im Augenblick. — Mehrere Knaben aus Schönberg versuchten am Sonnabend einen von Kleinen kommenden Eisenbahnzug unterwegs zum Halten zu bringen, indem sie sich auf das Gleise stellten. Glücklicherweise merkte der

Maschinist rechtzeitig die Gefahr und brachte den Zug zum Stehen. — Der wegen Sittenverbrechens in Untersuchung gezogene Fähnrich zur See Osterburg in Kiel ist nach Beendigung der gesetzlichen sechs-wöchigen Beobachtung auf seinen Geisteszustand aus der Kieler Irrenklinik entlassen und in die Garnison-Arrestanstalt zurückgeführt worden. Die kriegsgerichtliche Verhandlung dürfte nun bald stattfinden. Mit der bei solchen Personen beliebten „Geisteskrankheit“ war es also in diesem Falle nichts. — Für den Magistrat und städtischen Kollegien in Schleswig besteht ein größerer Nothstand nicht, deshalb lehnt derselbe das Ersuchen, die Unterstüzungen nicht als Armenunterstüzungen im Sinne des Gesetzes anzusehen, ab. So ist's recht! Durch ein solches Schroffes Vorgehen werden auch dem Blödesten die Augen geöffnet über die angebliche „Fürsorge“ des Staates. — In Neumünster war eine Frau mit dem Baden ihres Kindes beschäftigt. Plötzlich wurde die Hausthür geöffnet, die Frau wollte nachsehen, wer da gekommen sei. In demselben Augenblick aber stürzte das Kind in den mit siedend heißem Wasser gefüllten Behälter und verstarb nach kurzer Zeit an den erlittenen Brandwunden. — Die Polizeibehörde in Hamburg hat die Befolgung für die Ergreifung des gefährlichen Einbrechers Schoo von 200 Mark auf 1000 Mark erhöht. Die Ergreifung muß aber bis zum 1. Februar erfolgt sein. Aller Wahrscheinlichkeit nach hält sich Schoo in Altona auf, deshalb bewachen Nachts 12 Schutzleute die Grenze. — Am 5. und 6. Mai d. Js. wird in Hamburg eine Konferenz der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen tagen, die sich mit der Arbeiterwohnungsfrage eingehend beschäftigen wird. Ueber das Thema: Erbbaurecht und Arbeiterwohnungen werden die Herren Professor Dr. Andre-Markburg, Dr. Stein-Frankfurt a. M., Stadtrath Pütter-Halle sprechen. — Bei einem Feuer in Stade verbrannten 89 Schafe. — Von mehreren Personen ohne Veranlassung überfallen und lebensgefährlich verletzt wurde in der Nähe von Stade der Dienstknecht Tiedemann. Derselbe ist seinen schweren Verletzungen erlegen. Zwei Thäter sind verhaftet. — Mit einer erst kürzlich aufgeführten Mauer stürzte beim Spielen in Warstade (Hannover) ein Schulknabe um und wurde von derselben begraben. Das Kind war sofort eine Leiche. — Der „Reichsanz.“ meldet: Das Aufsichtsamt für Privat-Versicherung entschied, daß der Antrag auf Eröffnung des Konkurses über die Hanseatische Lebensversicherungsbank in Bremen zu stellen sei. — Um vom Militärdienst freizukommen, hakte sich in Nordenham ein junger Mann mit einem Beil einen Finger der linken Hand ab. Er wurde verhaftet.

**Lauenburg.** Arbeitsniederlegung. Am Sonnabend Nachmittag legten die Schiffszimmerer auf der Dampfschifferei und Schiffsverft von Franz Burmeister wegen Meinungsverschiedenheit über die Arbeitszeit die Arbeit nieder. Eine Einigung ist bisher noch nicht erzielt worden.

**Bremen.** Einen glänzenden Sieg errangen unsere Genossen in Delmenhorst bei der am Mittwoch stattgefundenen Stadtrathswahl. Bei derselben wurden 10 Genossen gewählt, jedoch wir im dortigen Stadtrath im Besitze der Majorität sind. Ein Bravo unseren Genossen in Delmenhorst!

**Lübeker Marktpreise vom 29. Januar.**  
Bonern-Butter 1,00 Mk., Meierei-Butter 1,10 Mk., Hasen Eid. 3,00 Mk., Enten Eid. 3,50 Mk., Hühner Eid. 1,80 Mk., Küken Eid. — Mk., Tauben Eid. 0,60 Mk., Gänse Pfd. 0,00 Mk., Fliedgans 3.— Mk., Schweinestopf 0,50 Mk., Schinken Pfd. 85 Pfg., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 8 Eid. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karfi-n Pfd. 1.— Mk., Karouischen Pfd. 80 Pfg., Gekochte Pfd. 60 Pfg., Barische Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 1.— Mk.

**Eternshanz-Viehmarkt.**  
Hannover, 29. Januar  
Zugeführt wurden 610 Stück, davon vom Harz — vom Sildern — Stück. — je Saugschweine — Mk. — Perlethschweine, schwere 58 — 60 Mk. leichte 58 — 60 Mk., Satten 12 — 58 Mk. und Kerf 56 — 59 „ „ „ 100 Pfd

Dienstag Abend 8 Uhr entschlief sanft nach langem Leiden mein innigstgeliebter treuer Mann und meiner Kinder treuer sorgender Vater,  
der Gastwirth  
**Johannes Carlsson**  
in seinem 53. Lebensjahre.  
Dies betrauert von den Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Sonntag den 2. Februar, 1 Uhr, vom Trauerhause aus statt.  
Schlutup, den 29. Januar 1902.

**Pa. Tilsiter Käse**  
(besonders schön)  
empfehl  
Telephon 473. Th. Storm, Königsstr. 98.

**Feine u. halbf. Würst**  
(in ganz vorzüglicher Qualität)  
Telephon 473. Th. Storm, Königsstr. 98.

**Bitello-Margarine**  
bedeutend besser im Geschmack wie bisher.  
Königsstraße 98, Laden rechts.

**Reclam's Bibliothek**  
in Taschenformat.  
Romane und Novellen der beliebtesten Schriftsteller  
à Bändchen 20 Pfg.  
Zu beziehen durch die  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 50.

**1000 Paar**  
Schuhe und Stiefel, die bei der Inventur zurückgesetzt sind, verkaufen wir für den halben Einkaufspreis.  
Ferner:  
**Ein Posten**  
Winter-Paletots sonst 20—44 Mk., jetzt 15—28 Mk.  
Loden-Joppen „ 6.75—24 „ „ 4.50—16 „  
Jacket-Anzüge „ 18—42 „ „ 12—24 „  
Knaben-Anzüge „ 8—16 „ „ 5—12 „  
Wuchskin-Hosen „ 4.50—12 „ „ 3—7 „  
Sonstige Waaren mit 10 pCt. Rabatt.

**Baurenfeind & Klempau**  
34 Mühlenstraße 34, Ecke Kapitelstraße.

**! Heute Abend!**  
Prima Rindfleisch 45 Pfg.  
Kalbfleisch 40 Pfg.  
Schmelfleisch 50 Pfg.  
Liefert  
**Fritz Möller, Wakenhauer 86,**  
bet der Großen Grövelgrube.

**Meißer und Scheeren**  
werden geschliffen und reparirt.  
Fahrad-Reparaturen.  
**Heinr. Oldorf, Solttenstraße 8.**

**Achtung!**  
Deutscher  
**Metallarbeiterverband**  
(Zapfelle Lübeck)  
Laut Versammlungsbeschluss haben die arbeitslosen Mitglieder freien Eintritt zum Wintervergügen. Dieselben werden ersucht, Freitag und Sonnabend von 8—9 Uhr Abends im Bureau (Bereinshaus) zu erscheinen zur Aufnahme von Einläskarten. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden. Im Auftrage:  
**Die Ortsverwaltung.**

Der  
**Brodverkauf**  
an Arbeitslose  
zu  
halbem Verkaufspreis  
wird mit heute aufgehoben.  
**Dampfbäckerei Hansa**  
J. C. D. Junge & Co.

**DROCKHAUS' D LEXIKON**  
NEUE REVIDIERTE  
JUBILÄUMS-AUSGABE  
FÜNFTER BAND  
ERSCHIEN  
SOEBEN, M 12.  
**Miethe-Quittungs-Formulare**  
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50.

# J. Möller

## Johannisstrasse 13

empfehlte:

**Gold-Margarine** per Pfund 70 Pfg.  
**Hochf. Holländ. Margarine**, per Pfund 50, 54 u. 60 Pfg.  
 Bei jedem Pfund gebe ich 1 Zeller, 5 Rabattmarken oder 5 Briketts gratis.

## Fettwaaren.

**Schmalz** per Pfund 50 und 60 Pfg.  
**Geräucherten Vorderfinken** per Pfd. 68 Pfg.  
 " **Carbonade** per Pfund 75 Pfg.  
 " **Wettwurst** per Pfd. 60, 70, 80, 90 Pf. u. 1 Mk.  
 " **Cervelatwurst** per Pfd. 1.00 u. 1.20 Mk.  
 " **fetten Speck** per Pfund 70 Pfg.  
 " **mageren Speck** per Pfund 80 Pfg.  
**Hochfeine Leberwurst** per Pfund 40 und 60 Pfg.  
 " **Braunschm. Wurst** per Pfund 40 u. 50 Pfg.  
 " **Hamburger Wurst** per Pfd. 70 Pfg.  
 " **Sülze** per Pfund 50 Pfg.  
 " **Schweizer Käse** per Pfund 60, 70 u. 80 Pfg.  
 " **Holländischen Käse** per Pfund 80 Pfg.  
 " **Vollfett-Tilsiter Käse** per Pfund 70 Pfg.  
 " **Eidamer Käse** per Pfund 80 Pfg.  
**Sümmliche Sorten Tilsiter Käse** per Pfd. von 30 Pf. an  
**Anchovis in Gläsern**, per Glas 30 Pfg.  
**Harzer Käse**, 8 Stück 20 Pfg.  
**Frische Eier**, 10 Stück 60 Pfg.

## Conserven.

**ff. Schnittbohnen**, 2 Pfd.-Dose 26 Pfg.  
**ff. Brechbohnen**, 2 Pfd.-Dose 26 Pfg.  
**Junge Erbsen**, 2 Pfd.-Dose 40 Pfg.  
**Feine junge Erbsen**, 2 Pfd.-Dose 50 Pfg.  
**Bruchspargel**, 1 Pfd.-Dose 50 Pfg.

## Seife.

**Grüne Seife** per Pfd. 20 und 22 Pfg.  
**Weisse russ. Seife** Pfd. 22 Pfg.  
**Schweger Seife** Pfd. 18 Pfg.  
**Soda** per Pfd. 4 Pfg.  
**Bleichsoda** per Packet 9 Pfg.  
**Seifenpulver** per Packet 10 Pfg.  
 do. **mit Schwan** 15 Pfg.  
**Toilettenseife** Stück 5, 2 Stück 15 Pfg.

## Caffee und Thee.

**Hochfeine Coffers** per Pfd. von 80 Pfg. an.  
 „ **Chin. Thee** 1/4 Pfd. von 35 Pfg. an.

## Colonialwaaren

führe ich als Nebenartikel und daher die billigsten Preise.

Dieselben Waaren zu denselben Preisen sind auch in meiner Filiale:

**Fünfhausen 7**  
zu haben.

**fr. geräuch. Schweinefleisch** Pfd. 80 Pfg.  
 „ **Schweineköpfe** 45 „  
 „ **Cajeter Rippepfer** 90 „  
 „ **geräuch. Rindfleisch** 85 „  
**ff. Aufschnitt** per Pfd. 50 Pf. bis 1.60 Mk.  
 Jeden Sonntag 5 Uhr:  
**Heisse Knackwurst.**  
**M. Labritz, Schlachtermstr.**  
 Grödenstr. 1291. Böttcherstr. 16.

**Circus Variété**  
**Wiedereröffnung:**  
 Sonnabend den 1. Februar.  
 Das letzte Carnevals-Programm.  
**10 humoristische Debats.**

Dem Herrn **August Vietig, Lübeck,**  
 Fischergrube 43/45. Fernsprecher 1026

haben wir den **Allein-Verkauf**  
 unserer, als vorzüglich bekannten Biere übertragen.

Hochachtungsvoll  
**Actien-Bier-Brauerei Marienthal,**  
 Wandstedt-Hamburg.

P. S. In Bezugnahme obiger Mitteilung halte ich die hier seit vielen Jahren  
 bekannten und im guten Rufe stehenden Biere der  
**Actien-Bier-Brauerei Marienthal,**  
 Wandstedt-Hamburg

bestens empfohlen.  
 Dieselben werden in **Gebinden, Flaschen,** sowie in **Cyphons**  
 (Globus-Selbstschänter) bei frei Haus-Lieferung abgegeben.

Hochachtungsvoll

**August Vietig.**

## Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

## Ordentliche General-Versammlung

am Freitag den 31. Januar 1902

Abends 8<sup>3/4</sup> Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

(Großer Saal)

Tags-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1901.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrathes über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Abänderung der §§ 3, 4, 10 (d, e, f), 20, 23, 27, 28, 40, 41, 47, 50 (2), 55 (3), 56.
4. Neuwahl des Vorstandes und zweier Aufsichtsrathsmitglieder.
5. Vertheilung von 2000 Bröden à 50 Pfg. an die Arbeitslosen.
6. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns vom Jahre 1901.

An der Generalversammlung dürfen nur Mitglieder teilnehmen, die sich durch Antheilscheine legitimiren müssen.

### Der Vorstand.

NB. Vom 24. Januar bis 31. Januar d. Jz. ist die Bilanz und Jahresrechnung für das Jahr 1901 zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokale der Genossenschafts-Bäckerei, Töpferweg 65, ausgelegt.

## Central-Hallen.

Sonntag den 2. Februar:

1. grosser öffentlicher

## Masken-Ball



verbunden mit

## Kappenfest für Zuschauer.

Den Zuschauern ist die Theilnahme am Tanzen gratis, jedoch nur mit einer humoristischen Kappe gestattet. — Elegante Kappen, sowie Maskengarderoben sind im Balllokal zu haben.

### Demaskierung nach Belieben.

Einlaßkarten im Voraus sind in der Cigarrenhandlung von **Fr. Nagel**, am Markt, sowie an sämtlichen Wochentagen in den Central-Hallen zu haben, Herren 80 Pfg., Damen 50 Pfg. Kassenpreis Herren 1 Mk., Damen 60 Pfg. — Im vollständigen Maskenkostüm zahlen Herren 40 Pfg., Damen 20 Pfg.  
 Lokalaussatzung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Maskenzug 7 Uhr. Ende 4 Uhr.

### Restauration nach der Karte.

NB. Unanständigen Masken, sowie schuldpflichtigen Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.

3 elegante saubere  
**Damen-Maskenanzüge**  
 zu vermieten. Marlesgrube 47, III.

Einladung zum

## Masken-Ball

des  
**Männer-Sings-Bereins**  
 „Vorwärts“

am Sonntag den 9. Februar 1902  
 im Lokale des Herrn Piquart, Schwarzenau.  
 Anfang 7 Uhr. Maskenzug 8 Uhr.  
 Karten sind zu haben bei **Ch. Sorgenfrei,**  
**Aug. Kuschnerow,** **Reisefeld,** **Herrn**  
**Kornholde,** **Schwarzenau;** **Joh. Prehs,**  
**Erbenstraße.**  
 Hierzu ladet freundlich ein  
**Das Comité.**

## Stadt-Theater.

Freitag den 31. Januar. Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
 103. Abon.-Vorst. 123. Vorst. 18. Freitag's Ab.  
 Letztes Gastspiel von

### Rosa Bertens

vom Deutschen Theater in Berlin.

### Der Hüttenbesitzer.

Schauspiel in 4 Akten von Georges Ohnet.  
 Sonntag den 1. Februar. Anfang 7 Uhr.  
 124. Vorstellung.

### Letzte Carmen-Aufführung.

Berlitz's Gastspiel von **Thea Dorre.**  
 Sonntag den 2. Februar. Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
 2. htes Gastspiel von

### Thea Dorre.

### Der Troubadour.

## Siebente Generalversammlung des Verbandes der Hafnarbeiter Deutschlands.

Sonntag Nachmittag 2 Uhr wurde die 7. Generalversammlung des Verbandes der Hafnarbeiter Deutschlands im „Holsteinischen Hause“ in Hamburg eröffnet. Anwesend sind 28 Delegierte, welche die Orte Bremen, Bremerhaven, Danzig, Lübeck, Hamburg, Altona, Harburg, Stettin, Memel, Magdeburg, Ludwigshafen, Breslau und Jantoch vertreten. Außerdem sind anwesend der Vorsitzende der Generalkommission, Legien, und der Vorsitzende des Transportarbeiter-Verbandes, Schumann-Berlin, dem beratende Stimme zuerkannt wird. Nachdem der Vorsitzende des Verbandes Döring die Delegierten herzlich willkommen geheißen hatte, wurde die Tagesordnung wie folgt festgelegt: 1) Bureauwahl; 2) Wahl einer Mandatsprüfungs-Kommission; 3) Bericht des Vorstandes, des Ausschusses, der Revisions- und Preßkommission; 4) Die Agitation; 5) Statutenberathung; 6) Berathung der in den vorhergehenden Punkten nicht erledigten Anträge; 7) Wahlen; 8) Verschiedenes. Zur Leitung der Verhandlungen werden Döring und Warlich, zu Schriftführern Heineder-Hamburg und Decker-Magdeburg bestimmt. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten erläuterte Döring den gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes, der den Zeitraum vom 1. Juli 1900 bis 1. Januar 1902 umfaßt. Das Obmannsamt hat sich, wie der Vorsitzende ausführte, sehr gut bewährt, und die Mitgliederzahl des Verbandes hat in Folge dessen einen guten Aufschwung genommen. Die allgemeine Geschäftslage war Anfangs der Berichtsperiode eine sehr gute. Aber bereits im Winter 1900/1901 machte sich in Folge des außerordentlich strengen und langen Winters eine große Arbeitslosigkeit geltend; im darauf folgenden Frühjahr machte sich ein Aufschwung bemerkbar, der aber nicht von langer Dauer war. Diese gedrückte Stimmung im Schiffahrtsgewerbe ist auch, mit wenigen Ausnahmen, den ganzen Sommer nicht geworden, namentlich herrschte in den Ostseehäfen eine ziemlich große Arbeitslosigkeit. Erst im Spätsommer und Herbst ging das Geschäft etwas flotter. Wie lange dieser Aufschwung dauern wird, läßt sich schlecht beurtheilen, er wird aber wohl nicht von langer Dauer sein, vielmehr ist anzunehmen, daß im Laufe des Winters die Krise auch die Hafnarbeiter nicht verschonen wird. Trotz dieser nicht gut zu nennenden Verhältnisse hat die Organisation an Ausdehnung und Tiefe gewonnen; auch im letzten Quartal 1901 ist ein Zuwachs von Mitgliedern zu verzeichnen. Uebergetreten sind der frühere Danziger Fachverein der Hafnarbeiter und die Kohlenarbeiter Stettins, die ebenfalls lokalorganisiert waren. Mit dem Uebertritt dieser beiden Vereine sind die letzten lokalen Fachvereine der Hafnarbeiter verschwunden. Aufgelöst haben sich die Mitgliedschaften Warnemünde, Swinemünde, Wittenberge und Neuk a. Rh. Der Hauptgrund war in allen Fällen die mangelhafte Leitung. Zur Zeit der vorigen Generalversammlung (Juli 1900) hatte der Verband eine Mitgliederzahl von 12578, jetzt beträgt sie 14560, die ihren Beitrag zahlen. Die Fluktuation ist unter den Mitgliedern noch außerordentlich groß. Die Agitation mußte hauptsächlich von dem Zentralvorstand bewerkstelligt werden, der nicht allen Ansprüchen gerecht werden konnte. In Bezug auf Streiks und Lohnbewegungen war die Berichtsperiode außerordentlich reich. In fast allen Fällen ist es gelungen, Verbesserungen zu erzielen. Zu Ungunsten der Arbeiter verlief der Streik der Lübecker Kohlenarbeiter, die ohne Vorwissen des Zentralvorstandes in den Ausstand eintraten. Die Hauptkassette wurde durch diesen Streik mit 5853 Mark belastet. Sehr gut schnitten die Mitgliedschaften Stettin I und Wismar ab. Von theilweisem Erfolg gekrönt waren die Lohnbewegungen der Mitgliedschaften Lübeck-Schauerleute, Lübeck-

Flußschiffer, Bremerhaven I und II, Brake, Hamburg-Segelmacher, Hamburg-Getriebarbeiter, Hamburg-Pflichtarbeiter, Harburg. Die Binnenschiffer auf der Oder und Elbe und die Mitgliedschaft Königsberg erhielten auf ihre Eingabe um Aufbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse keinen oder einen ablehnenden Bescheid. Da die Organisationsverhältnisse in diesen Mitgliedschaften noch im Argen liegen, konnten die Unternehmer sich dies erlauben. Die Mitgliedschaften Hamburg-Schauerleute und Bremen hatten ebenfalls keinen Erfolg. Der Grund lag hier aber weniger in den schlechten Organisationsverhältnissen als in der ungünstigen Geschäftslage. Der Disziplin der Hamburger Schauerleute ist es zu verdanken, daß kein neuer gewaltiger Streik entstand. Der Vorsitzende berichtete sodann noch über die in Remel ausgebrochene Differenz, welche dadurch entstanden ist, daß die Arbeitgeber es versucht haben, eine neue Arbeitsordnung einzuführen. Durch die auf der vorigen Generalversammlung erfolgte Beitragserhöhung ist gerade das Gegentheil von dem eingetreten, was einige Delegierte befürchteten. Die Sterbe-Unterstützung konnte erhöht und der Rechtsschutz auf die durch die sozialpolitischen Gesetze entstehenden Differenzen ausgedehnt werden. Sterbegeld wurde im letzten Halbjahr 1900 1830 Mk., im Jahre 1901 4140 Mk. gezahlt. Rechtsschutz wurde in 39 Fällen nachgesucht, in 32 Fällen bewilligt, von denen 23 Fälle auf die sozialpolitischen Gesetze und nur 9 auf andere Sachen entfallen. Gefragt wird, daß fast immer, wenn der Rechtsschutz erteilt wird, der Vorstand über den Ausgang der Klagen im Unklaren gelassen wird. Was die innere Verwaltung des Verbandes anlangt, so ergeht sich durch die große Zahl von Sitzungen, wie stark die Inanspruchnahme der Vorstandsmitglieder ist. Manches für den Verband Nützliche und Dienstliche (z. B. alle statistischen Arbeiten) hat liegen bleiben müssen, da den Beamten zur Fertigstellung keine Zeit zur Verfügung stand.

Den Kassenbericht erstattete Heitmann, der hervorhob, daß der Bestand der Kasse ein günstiger ist. Die Einnahme und Ausgabe balancirt mit 169 978,85 Mk. Ueber das Verbandsorgan „Der Hafnarbeiter“ referirte der Redakteur desselben, Döring, der darauf hinweist, daß Einkünfte gegen die prinzipielle und taktische Haltung des Blattes nicht erhoben worden sind. Die Auflage ist von 11 000 zur Zeit der letzten Generalversammlung auf 17 500 gestiegen und wird in Bälde 20 000 erreicht haben. Den Bericht des Ausschusses erstattete Heidsiek-Altona. Bei der Revision habe sich Alles in bester Ordnung befunden. Elf Beschwerden gegen Beschlüsse des Vorstandes, betr. Rechtsschutz und Sterbeunterstützung, liefen beim Ausschuss ein; vier Beschwerden wurden zu Gunsten der Beschwerdeführer entschieden, die anderen mußten abgelehnt werden. Den Bericht der Preßkommission gab Jünger-Hamburg, welcher bemerkte, daß an ihn keine Beschwerden eingelaufen seien. Im Namen der Revisions-Kommission berichtete Bill, daß die Kassengeschäfte der Zentralstelle sehr korrekt geführt seien, so musterhaft, wie dies bisher noch nicht der Fall gewesen sei. Redner rügte die mangelhafte Ausstellung der Abrechnungsformulare seitens einzelner Mitgliedschaften. Das müsse anders werden.

Am zweiten Verhandlungstage, am Montag, wurde der Geschäftsbericht des Vorstandes zur Debatte gestellt. Frank-Lübeck schilderte die Ursachen des Lübecker Kohlenarbeiterstreiks, der berechtigt gewesen sei. Der Lohnarif, der streng getrennt vom Lohnarif der Schauerleute sei, wäre am 1. Juli abgelaufen gewesen und hätte ein neuer ausgearbeitet werden müssen, welcher von den Arbeitgebern nicht anerkannt worden sei. Zuerst wurde die Arbeit auf einem Dampfer eingestellt, weil nicht nach dem neuen Tarif bezahlt wurde. Als man sah, daß mit einem partiellen Streik nichts zu erreichen war, mußte der allgemeine Streik proklamiert werden, der leider verloren ging. Meyer-Bremen gab Aufschluß über die Bewegung der Bremer Schauerleute, die mit den Unternehmern in Diffe-

renzen gerathen sein, weil der Lohnarif durchbrochen wurde. Von einem Streik mußte abgesehen werden, weil die Lagerhauerarbeiter nicht mitmachen wollten. Lorenz-Lübeck vertheidigte die Maßnahme des Lübecker Kohlenarbeiter und meinte, der Zentralvorstand hätte sich mehr um diese Angelegenheit kümmern müssen. — Weihenmeyer-Ludwigshafen fand es eigentümlich, daß der Zentralvorstand einen nicht anerkannten Streik, wie den Lübecker, unterstützt habe. — Döring erwiderte, die etwas schroffe Antwort des Zentralvorstandes sei erfolgt, weil man ihn im Unklaren von der Sachlage gelassen hätte, die erst hier geklärt worden sei. Redner rechtfertigte die Maßnahmen des Zentralvorstandes. Wenn trotzdem der Lübecker Streik unterstützt worden sei, so müsse er zu bedenken geben, daß nicht immer nach den Buchstaben des Streitrelements verfahren werden könne. Die weiteren Einwendungen gegen den Geschäftsbericht sind nicht von Belang. Im Allgemeinen war man mit der Thätigkeit des Vorstandes einverstanden. — Es wurde sodann eine Resolution angenommen, welche den Zentralvorstand beauftragt, der Frage der Entschädigung der Verbandsfunktionäre in den Mitgliedschaften näher zu treten, darüber Erhebungen anzustellen und der nächsten Generalversammlung eine Vorlage zu unterbreiten. Ferner wurde ein Antrag angenommen, wonach das Verhalten der Mitgliedschaften Rostock und Lübeck, welche ohne Zustimmung des Zentralvorstandes Konferenzen abgehalten haben, als nicht korrekt anerkannt wird.

Ueber den vierten Punkt der Tagesordnung: „Agitation“ referirte alsdann Döring. Nach umfangreichen Debatten, an denen sich u. A. auch Möller-Lübeck theilnahmte, der für Ausgestaltung der Agitation eintrat, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß die Interessen der Transport- und Hafnarbeiter in mancher Hinsicht eng miteinander verknüpft sind und die Thätigkeit derselben ineinander greift; in weiterer Erwägung, daß eine gemeinsame Agitation an manchen Orten und in mancher Beziehung für beide Organisationen bedeutenden Vortheil hat, beauftragt die Generalversammlung den Vorstand, gelegentlich mit den Zentralvorständen anderer am Waarentransport beteiligten Verbände eine engere Verbindung und ein gemeinsames Arbeiten in organisatorischen und agitatorischen Fragen, unter Berücksichtigung vollster Bewegungsfreiheit der in Betracht kommenden Organisationen, anzubahnen.“

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die ausgesperrten Möhlauer Löhner führen mit wachem Heldenmuth den Kampf weiter. Noch nicht ein einziger ist während der langen Zeit der Aussperrung zum Verräther an der Sache geworden, und so lange der Kampf auch noch dauern wird, von den Aussperrten verläßt keine die Fahne. 43 Löhner sind in den Kampf eingetreten, von diesen sind bereits 24 — auch ein Theil Verheiratheter — abgereift. — In der Fabrik von van Heek in Remscheid sind 250 Wedenweber in den Ausstand getreten. Die Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern sind durch Lohnföhrungen entstanden. Falls die Streitenden bis zum 1. Februar die Arbeit nicht zu den von der Fabrikleitung festgesetzten Bedingungen wieder aufnehmen, soll allen Arbeitern in der Fabrik (2500 Mann an der Zahl) gekündigt werden! — In der Jalouje- und Kolladenfabrik von Möpner u. Co. in Stuttgart sind sämtliche Arbeiter wegen Einführung außerordentlich niedriger Akkordpreise in den Ausstand getreten. Ein Vermittlungsversuch des Holzarbeiter-Verbandes wurde von der Firma unbeantwortet gelassen. Vor Bezug wird gewarnt.

**Im Vorstand des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes** tritt demnächst eine Veränderung ein. Der Vorsitzende H. Müller, früher auch Reichstagsabge-

## Joseph Coney.

Roman von John Law.  
Aus dem Englischen von S. Cassirer.

20. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
Ein paar Tage später kam der Befehl, den Platz von den Obdachlosen frei zu halten. Es war dem Publikum unangenehm, so viel Elend zusammen zu sehen. Die „Ausgestoßenen“ sollten lieber in Gefängnissen oder in Arbeitshäusern untergebracht werden. So viel „Volk“ auf einer Stelle war doch zu gefährlich.  
„Weiter gehen, weiter gehen!“ riefen die Schulleute den Obdachlosen zu, die wohl so thöricht waren, zu glauben, daß der Platz dem Publikum gehöre.  
Sich gegen die gewaltige Polizeimacht aufzulehnen, war ganz zwecklos; man suchte daher auf der Treppe der Martinstrasse, unter Bogengängen und am Thement-Embankment Unterkommen. Und die ganze Nacht hindurch zog eine aus etwa 50 Männern und Weibern bestehende Schaar durch die Straßen, gefolgt von zwei riesigen Schulleuten.  
„Wir sind gefährliche, zu allem entschlossene Kerle,“ jagte ein kleiner, kant aussehender Bursche zu den Polizisten. „Ich rath' Euch, reizt uns nicht, oder...“  
Die Schulleute mußten über diese Drohung lachen.  
„Wo sollen wir hingehen?“ fragte das Gesichtchen Jos.  
„Ich gehe ins Arbeitshaus,“ antwortete Jos.  
XIV.  
Am darauffolgenden Abend gegen halb 7 Uhr begab sich Jos nach einem in der Nähe von Westminister gelegenen (Casual ward.)

Sehen fünfzig Männer und auch ein paar Frauen hatten sich hier bereits versammelt; nicht etwa gruppenweise, sondern in einer langen Reihe, die sich tief die Straße hinunter erstreckte, standen sie hinter einander. Wenn sie auch arm und obdachlos waren, so fühlten sie sich doch als Engländer, und daher wollte wohl jeder für sich bleiben. Vielleicht mochten sie auch die kleinen Säden oder die Bündel, in denen das wenige, das ihnen noch verblieben war, steckte, nicht gern sehen lassen oder vielleicht war es ihnen auch peinlich, Dritten zu zeigen, wie hoffnungslos ihre Lage geworden war. Einer versuchte einen Scherz zu machen, ein zweiter sang ein die traurige Lage ehrbarer Arbeiter beklagendes Lied, ein dritter pff: „Auf der Landstraße sind verhungend wir“ vor sich hin und rief Witze über das Jubiläum und seine Festlichkeiten.  
Endlich that sich die Thür auf und Jemand rief:  
„Juwel von Euch können hereinkommen. Die Anderen müssen noch draußen warten. Es ist schon fast voll.“  
Die Juwels traten in ein großes Zimmer und setzten sich auf dort stehende Bänke und warteten. Einer nach dem anderen mußte an das Pult des Inspektors treten. Zuletzt wurde Jos gerufen.  
„Wie heißen Sie?“  
„Joseph Coney.“  
„Wie alt?“  
„Sechszwanzig Jahre.“  
„Woher?“  
„Aus Elmworth.“  
„Bei Al-Bindfor?“  
„Jawohl.“  
„Wann gingen Sie von dort weg?“  
„Es fehlen noch ein paar Wochen zu einem Jahr.“  
„Warum kamen Sie nach London?“  
„Die Arbeit war knapp und ich wurde daher entlassen.“  
„Was sind Sie?“  
„Zimmermann.“

„Haben Sie schon in London als Zimmermann gearbeitet?“  
„Nein.“  
„Was haben Sie denn hier gemacht?“  
„Ich habe die letzten sechs Monate in den Docks gearbeitet.“  
„Wo haben Sie die letzte Nacht geschlafen?“  
„Auf dem Embankment.“  
„Sind Sie schon einmal in einem Arbeitshaus gewesen?“  
„Nein, noch nie.“  
„Wohin wollen Sie sich wenden, wenn Sie von hier entlassen werden?“  
„Das weiß ich noch nicht“, antwortete Jos in einem Tone, der ganz hoffnungslos klang.  
Die Ansagen wurden vom Inspektor in ein Buch eingetragen. Dann fragte er weiter:  
„Haben Sie mir etwas zu geben?“  
„Was meinen Sie damit?“  
„Haben Sie vielleicht ein Bündel oder sonst etwas? Sie erhalten es morgen wieder zurück, Sie dürfen aber nichts mit in Ihre Balle nehmen.“  
Als Antwort erfolgte seitens des jungen Mannes ein bitteres Lachen, und ohne ein Wort zu reden zeigte er dem Inspektor die leeren Taschen.  
Darauf mußte er ein Bad nehmen, und dann wurde er in eine Balle geführt, die acht Fuß in der Länge und vier Fuß in der Breite maß. An ihrem Ende befand sich ein kleines, dunkles Loch, der „Steinbruch“ genannt.  
Eine Gasflamme erleuchtete die Balle, und das erste, was Jos dort sah, war eine Inschrift, die sich auf der weißgestrichelten Wand, gegenüber dem Eingang, in großen, ungeschlachten Buchstaben befand:  
„Ich habe meiner Königin und meinem Vaterland fünfzehn Jahre lang gedient, und das hab' ich nun damit erreicht.“

\*) Abtheilung eines Armen- oder Arbeitshaus, welche für zahlreich sich einfindende Arbeits- oder Obdachlose bestimmt ist. Sie erhalten bei der Aufnahme ein Bad, dann Abendbrot oder Frühstück und Nachtquartier, jedoch nur in jedem Monat einmal, und müssen dafür des Morgens eine gewisse Arbeit verrichten.

ordneter für Waldenburg (Schlesien), hat wegen schwerer Erkrankung sein Amt niedergelegt und gedenkt in den nächsten Tagen sich von Dohum wegzuwenden. Sein Posten wird jedenfalls erst definitiv von der diesjährigen Generalversammlung, welche im Ruhrrevier abgehalten wird, neu besetzt. Gegenwärtig leitet sein Stellvertreter L. Schröder die Verbandsgeschäfte. Der Verband zählt augenblicklich gegen 37 000 Mitglieder.

Die Breslauer Straßenbahn hat plötzlich mehrere Angestellte entlassen, darunter einen nach siebenzehnjähriger, einen anderen nach vierundzwanzigjähriger Dienstzeit. Man sieht diese Entlassungen allgemein als Maßregelungen an.

Die sozialistische Partei Frankreichs (Zoures und Genossen) hält ihren vierten Kongress am 2. März in Tours ab. Das Generalkomitee hat eine Kommission gewählt, die sich mit den Vorbereitungen für den Kongress zu befassen hat.

Der Sozialismus fängt auch in Irland an, Boden zu gewinnen. Davon zeugen die vor einigen Tagen in Dublin stattgehabten Gemeindevahlen, die nachstehende Resultate ergaben. Es erhielten:

Als Stadtrath:	
Hennesly (Homöopath)	751 Stimmen.
Stewart (Soz.)	267 "
Als Stadtverordnete:	
White (Homöopath)	530 Stimmen.
McLaughlin (Soz.)	371 "
Allen (Hausbesitzerverein)	161 "
McCall (Homöopath)	1424 "
Conolly (Soz.)	431 "
Stuartwood (Hausbesitzer)	191 "

Die sozialistischen Stimmen machen also schon 25 Proz. aller abgegebenen aus, obwohl die Bewegung in Irland noch sehr jungen Datums, kaum zwei Jahre alt, ist. Dazu kommt, daß die irischen Sozialisten von den katholischen Priestern mit großer Festigkeit als Atheisten und Revolutionäre bekämpft werden. Während der Gemeindevahltagung erklärten die Priester, daß alle Männer und Frauen, die den Sozialdemokraten ihre Stimme geben, von der Kirche nicht mehr anerkannt würden.

Einen außerordentlich schweren Tag hatte am Sonnabend unser Genosse Klühs = Breslau, Redakteur der dortigen „Volkswacht“. Ein ganzer Mattentag von Preßprozessen wurde an diesem Tage gegen ihn verhandelt. Nicht weniger wie fünf Verhandlungen sollten stattfinden. Vier wurden erledigt, die fünfte mußte vertagt werden, da Genosse Klühs Nachts nach 12 Uhr erklärte, der Verhandlung nicht mehr folgen zu können, da er körperlich durchaus erschöpft sei. Von den übrigen vier Verhandlungen endete eine, Klühs sollte angeblich die Breslauer Staatsanwaltschaft beleidigt haben, mit Freisprechung. Dr. Liebnecht verteidigte. Der Staatsanwalt hatte für die angebliche Beleidigung seiner Kollegen sechs Monate Gefängnis beantragt. In den übrigen drei Verhandlungen: angebliche Beleidigung eines Amtsboten, Beleidigung der Staatsanwaltschaft in Gleiwitz und Beleidigung eines Polizeiergeanten in Königs- hütte erkannte das Gericht auf eine Strafe von 6 1/2 Monaten Gefängnis. In dem ersten Falle hat Genosse Klühs kurz darauf selber eine Berichtigung gebracht, trotzdem beantragte der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf sechs Wochen. Im Falle des Polizeiergeanten wurde festgestellt, daß er eine Frau, nicht, wie behauptet wurde, geküßt, sondern nur am Arme gepackt. Antrag des Staatsanwalts 6 Wochen, Urteil des Gerichts ein Monat Gefängnis. Das übrige kommt auf die angebliche Beleidigung der Gleiwitzer Staatsanwaltschaft. — Bei unseren „idealen“ Preßverhältnissen steht tatsächlich ein sozialdemokratischer Redakteur immer mit einem Fuße im Gefängnis. Aber noch so harte Strafen und Verfolgungen unserer Presse werden sie nicht verhindern, ihre Kritik an den bestehenden Verhältnissen, wenn sie berechtigt ist, anzulegen.

Die Thüringer Agitations - Kommission saßte in Sachen Grunwald = Erfurt am 27. Januar in einer Sitzung, der die gesamte Preßkommission und der Genosse Grunwald sowie vom Parteivorstand der Genosse Pfannschkeitschütz, folgenden Beschlus: „Die Agitations-Kommission erkennt das formelle Recht der Preßkommission bezüglich der Kündigung des Genossen Grunwald an. Sie ist jedoch der Meinung, daß der Anlaß der Kündigung — die Uebernahme der Kandidatur Grunwalds in Mühlhausen — so untergeordneter Natur gewesen ist, daß die äußersten Konsequenzen zu ziehen, nicht unbedingte Notwendigkeit gewesen wäre. Da Genosse Grunwald auf Befragen erklärt hat, im Laufe der nächsten Monate sein Domizil in Erfurt aufzugeben, stimmt die Agitations-Kommission dem Vorschlag der Untersuchungs-Kommission zu, daß Genosse Grunwald die Redak-

tion der „Tribüne“ bis zum 1. Juli d. Js. weiterführt. Die Agitations - Kommission erkennt an, daß beide in Widerspruch gerathene Theile — Preßkommission und Genosse Grunwald — durch ihr Verhalten und Handlungen in gutem Glauben gehandelt haben, der Partei nach bestem Ermessen zu dienen und bedauert nur, daß der Streit Formen gezeitigt hatte, die der Partei nur zum Schaden gereicht haben. Die Agitations - Kommission erwartet deshalb, daß beide Theile sich bemühen, fernerhin im parteigebührenden Geiste kollegial miteinander zu arbeiten.“ Genosse Grunwald fügt diesem Beschlus hinzu: „Nach der Annahme der vorstehenden Resolution habe ich im Einverständnis mit der gestrigen Sitzung nur noch zu erklären, daß ich mir nunmehr die gebührende, eingehende Antwort auf das letzte Flugblatt für den kommenden Thüringer Parteitag vorbehalte.“

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Sieben meist sehr schwere Verbrecher sind Sonntag gleichzeitig aus dem Zentral-Gefängnis in Danzig entflohen. Die Gefangenen, welche in der Schlosserwerkstatt beschäftigt wurden, haben sich anscheinend Nachschlüssel angefertigt und am Sonntag früh 5 Uhr das Gefängnis verlassen, wobei sie noch einer Aufwärterin, welche den Vorgang beobachten konnte, aber nicht schnell genug Alarm schlug, ein „Adieu“ zuriefen. Bewaffnete Aufseher unternahmen sofort die Verfolgung. Bisher ist jedoch keiner der Ausbrecher ergriffen. — Die Kriminalpolizei in Leipzig verhaftete den Postsekretär Paul Wiefing vom Hauptfernsprechamt in Berlin, der nach Unterschlagung von 22 000 Mark flüchtig geworden war. Auf die Ergreifung des Flüchtigen hatte die Oberpostdirektion eine Belohnung von 300 Mk. angesetzt. Wiefing war am 20. d. M. direkt von Berlin nach Leipzig gefahren, wo er unter falschem Namen auftrat. Von dem unterschlagenen Gelde, von dem 8000 Mark amtliche Postgelder und das übrige das Vermögen seiner Frau waren, hatte Wiefing bereits einen erheblichen Theil durchgebracht. — Nach einer Meldung aus Greiz wurden im benachbarten Wildetaube beim Abräumen einer Brandstätte drei Personen durch den plötzlichen Einsturz einer vier Meter hohen Scheunenwand verschüttet. Zwei von ihnen waren auf der Stelle todt. — In Halberstadt ist eine Fallschürmerwerkstatt aufgehoben worden. Es wurden falsche Zweimarkstücke vorgefunden. Der Inhaber der Wohnung wurde verhaftet. — Beim Böllerschießen wurden in Hennef a. Rh. Sonntag durch Explosion eines zum Zündhölzer hergerichteten Eisenblocks 5 Personen schwer verletzt. — Der Pferdekommissionär Armist Brader in Budapest, welcher für die englische Regierung Pferdeankäufe für Südafrika besorgen sollte, ist nach Unterschlagung mehrerer hunderttausend Kronen flüchtig geworden. — Der Polizeiergeant gegen die Milchhändler in Paris hat jetzt ein Opfer erfordern. Ein Milchhändler, dem seine gesammten Kühe aus hygieinischen Gründen konfisziert worden sind, beging Selbstmord, indem er sich die Gurgel durchschnitt. — Das kleine Seminar von Juvot (bei Rouen) wurde in der Nacht zum Montag durch einen Brand vollständig vernichtet. Ein zehnjähriger Knabe wird vermißt, und man befürchtet, daß er unter den Trümmern begraben liegt. — Santos Dumont unternahm am Montag in Monte Carlo auf Einladung des Fürsten von Monaco eine Versuchsfahrt mit seinem Luftballon. Er umkreiste, nachdem er aufgestiegen, zweimal den Meerbusen von Condamine und kehrte in sieben Minuten unversehrt zur Auffahrtstelle wieder zurück. — Die Einwohnerzahl Londons betrug nach den Ergebnissen der Volkszählung des vorigen Jahres 4 536 541 Köpfe, unter denen sich 1 353 777 Ausländer befanden. — Der englische Dampfer „Bothal“ ist im Sturme an der portugiesischen Küste untergegangen. 31 Mann der Besatzung sind durch den deutschen Dampfer „Patagonia“ gerettet und nach Porto gebracht worden.

Wie der Patriotismus der Kriegervereine sich manchmal zum Terrorismus auswächst, zeigt ein Vorfall in Oberösterreich bei Bruchsal. Dort besteht, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Karlsruhe geschrieben wird, seit längerer Zeit ein Militär-Verein und seit vorigem Jahr auch ein freiwilliges Feuerwehrcorps. Etwa die Hälfte der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr gehören auch dem Militär-Verein an. Trotzdem oder vielleichte gerade deshalb bestehen zwischen der Vorstandschaft der beiden Vereine Differenzen, die den Vorstand des Militärvereins anlässlich der bevorstehenden Feier von Kaisers Geburtstag zu folgendem Uas veranlaßten: „Wer an Kaisers Geburtstag als Mitglied des Kriegervereins bei der Feuerwehr antritt, gilt als Sozialdemokrat und wird ausgewiesen.“ — Die ganze Geschichte wäre ja zum Lachen,

zuzuschauen, und während des Essens mußte er immer wieder den Satz lesen:

„Ich habe meiner Königin und meinem Vaterlande fünfzehn Jahre lang gedient, und das hab' ich nun damit erreicht.“

Er kroch unter die Decke in sein Bett und lag dort festelad und hangernd.

Zwei Tage und drei Nächte blieb er hier, denn er konnte die Granitblöcke nicht klein bekommen; dazu mußte man die Knuspgriffe, den „Piff“ kennen.

Der Aufseher meinte: „Es ist geradezu wunderbar, wie dumm sich manche Kerls dabei anstellen. Wir hatten einen kleinen Dulligen hier, der Keil arbeitete wie ein Donnerwetter. Er knurrte sich auf den Boden, und sein Hammer geht klack klack, bis er fertig ist. Wenn Sie wieder kommen sollten, werden wir Ihnen Berg zu zupfen geben, aber eher lassen wir Sie nicht raus, als bis Sie hier die Steine klein geschlagen haben.“

„Zeigen Sie mir doch, wie man es macht,“ bat Jos, dessen Rücken ihm schmerzte.

„Sehen Sie selber zu, wie Sie fertig werden,“ antwortete der Aufseher.

Die Stunden und Tage vergingen langsam.

Dreimal am Tage wurde ihm seine Nahrung, bestehend aus Haserchleim und Brod gebracht. Wenn des Abends das Gas ausgemacht wurde, hörte er auf zu arbeiten, und die ganze Zeit stand oder lag er im „Steinbruch“ und quälte sich ab, den Piff zu finden. Es wollte ihm nicht gelingen, die Steine so klein zu schlagen, daß sie sich durch des Witters des Feuers werfen ließen; entweder wurden sie ganz zu Staub zerplättet oder sie zerfielen in oblonge Stücke, die mit keinem Hammer mehr entzwei zu kriegen waren.

wenn sie nicht eine sehr ernste Seite hätte. Sie zeigt, wie der Nimbus und die Autorität, mit denen die Kriegervereine von oben herab umgeben werden, vielfach mißbraucht werden. Das Komische an der Sache ist, daß der Protektor der badischen Feuerwehren — — — der Erbgroßherzog von Baden ist. Dieser wird sehr erkaunt sein, wenn er erfährt, wie ein unter seinem Protektorat stehender Verein von einem Kriegerverein behandelt wird.

Ueber die furchtbare Explosion in einem Tunnel in New-York berichtet „Daily Mail“ noch folgende Einzelheiten: Der betreffende Tunnel der neuen unterirdischen Eisenbahn befindet sich unter der 41. Straße und der Park-Avenue. Der Tunnel wird 35 Fuß tief gebohrt. Oben war in einer kleinen Hütte eine große Menge Dynamit aufgespeichert. Durch die Explosion wurden die Arbeiter im Tunnel weggeschleudert, und 4 von ihnen, die noch beim Dynamit waren, wurden sofort getödtet. Einem wurde der Kopf abgerissen. Steine, Stahl und Holz wurden aus dem Tunnel nach oben geschleudert und die Gebäude damit bombardirt. Die Leute in den Straßen der Umgegend wurden von einer Panik ergriffen. Hunderte wurden zu Boden geworfen. Die Straßen waren mit Trümmern überstreut. Fliegende Glasstücke hagelten hernieder und verursachten viele Wunden. Man sah Leute mit blutüberströmten Gesichtern und zerrissenen Kleidern nach allen Richtungen laufen. In den beschädigten Gebäuden brach Feuer aus, Feuerwehrcorps und Ambulanzen wurden geholt, Wohnhäuser und Apotheken in improvisirte Hospitäler verwandelt. Die Straßen waren bald gefüllt mit Leuten mit verbundenen Köpfen. Das „Grand Union Hotel“, das „Manhattan Hotel“ und das „Banderbilt Hotel“ wurden schwer beschädigt und viele Gäste darin schwer verletzt. Das Augenhospital und das Krüppelheim wurden mit Trümmern bombardirt und einige Patienten wurden schwer verletzt. Das „Murray Hill Hotel“, welches der Unglücksstelle direkt gegenüber liegt, litt am meisten. An zwei Seiten wurden alle Fenster zertrümmert, Decken wurden losgerissen, Kalk von den Wänden gesprengt und Thüren aus den Angeln gerissen. Das Kafee und das Restaurant wurde ganz zertrümmert. Glas- und Porzellan-Gefäße gingen in Stücke. Ein Dugend Männer, die am Bar tranken, wurden zu Boden geworfen und Trümmer auf sie gehäuft. Ein reicher Kanadier, Namens Robinson, wurde so an die Wand geschleudert, daß sein Gehirn herauskam. Ein Schreiber und ein Kellner wurden ebenfalls getödtet. Das Gefolge der Explosion, das Klirren von Glas und das Einstürzen der Mauern verursachte eine wilde Panik unter den Gästen, alle wollten auf die Straße stürzen. Schreiende Frauen und Kinder drängten sich auf den Treppen zusammen. Viele waren durch Glassplitter verletzt, einige waren ernstlich verwundet und mußten in Ambulanzen weggeschafft werden. Die Polizei verhaftete den Hilfsingenieur und zwei Feuerwehrleute wegen fahrlässiger Tödtung.

Eine ganze Börse — geimpft. Weil ein an der Getreidebörse zu Minneapolis beschäftigter Telegraphist an den Blattern erkrankt ist, sind sämtliche Börsemitglieder und alle Besucher, die sich dort eines Vormittags aufhielten, zwangsweise geimpft worden. Millionär und Bauer hatten sich dem Impfarzte zu unterwerfen, und Alfred Pillsbury, der größte Mühlenbesitzer der Welt, mußte dem drohend gezwungenen Knüppel eines Polizisten weichen, als er aus einem Fenster zu entkommen suchte. Gegen 11 Uhr besetzte die Polizei-Abtheilung in aller Stille sämtliche Ausgänge des Börsengebäudes, selbst die an der Außenseite angebrachten Rettungsleitern, und gegen 300 Börseleute und ein halbes Hundert andere Besucher waren gefangen. Ein Theil von ihnen versuchte sich in den Keller zu retten und dort sich zu verstecken, aber einer nach dem andern wurde hervorgeholt und schließlich machten die Verfolgten gute Miene zum bösen Spiel, stellten sich in eine Reihe, entledigten sich ihrer Röcke, marschirten mit entblößtem Arme an den Impfärzten vorbei und unterwarfen sich nun der Operation.

„Du ahnst es nicht“, was die Justiz einem sozialdemokratischen Redakteur Alles zumuthet. Wegen Beleidigung des Stadtraths in Maderberg wurde der Redakteur des sächsischen „Volkstreu“, Gen. Fleißner in Dresden, zu 200 Mark Geldstrafe verurtheilt. Er hatte auf Grund einer Zuschrift des Krankenhausverwalters in Maderberg an den dortigen Stadtrath das System der Bezahlung dieses Beamten kritisch behandelt. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß dieses Schreiben zwar die von Fleißner geübte Kritik zulasse, daß aber in Wirklichkeit andere Verhältnisse beständen. In dem Urtheil heißt es, daß Fleißner zwar den wirklichen Sachverhalt nicht gerade wissen mußte, aber er habe ihn sicher geahnt.

Jos setzte sich auf seine niedrige Bettstelle und sah sich in der Zelle um. Außer der Matratze und der Decke, auf der er saß, befand sich weiter kein Mobiliar darin. Vom „Steinbruch“ her wehte ein eisigkalter Wind, und er ging dorthin, um zu sehen, ob sich der Zug vielleicht durch Schließen einer Thür abhalten ließe. Aber es war keine Thür vorhanden, sondern nur ein großes, kreuz und quer vergittertes Fenster, durch das die fliegenschlagenden Steine nach unten in den Hof geworfen werden sollten. Der Wind blies rückwärts durch die Eisengitter und machte Jos zittern, denn das warme Bad hatte seine Haut für den kalten Luftzug nur noch empfindlicher gemacht.

Große Granitblöcke lagen im „Steinbruch“, daneben ein Hammer. Einen Sitz gab es darinnen nicht, und der Boden neigte sich gegen die Mitte zu, so daß man nur mit Mühe aufrecht stehen konnte. Jos hatte noch nie in seinem Leben einen Hammer geschloßt. In seiner Heimath hatte er wohl schon Leute „Steine brechen“ gesehen. Auch hatte er wohl als Kind zugehört, wie große Steine zu kleinen gelopft wurden. Die Leute, die das thaten, trugen aber Hüllen und dicke Handschuhe. Aber hier glaubte man, daß ein Hammer dazu genügt sei.

„Sie brauchen ja erst morgen damit anzufangen“, sagte der Aufseher zu ihm. „Hier haben Sie ihr Abendbrod.“ Bedenken Sie sich aber damit, denn in ein paar Minuten wird das Gas ausgebracht.“

Während er so sprach, stellte er auf den Fußboden neben das Bett einen kleinen Zinntopf mit Haserchleim und ein kleines Stückchen Brod. Das Ganze hätte bequem in einer Theetasse Platz finden können.

Jos setzte sich nieder, um sein arbeitsreiches Nachtmahl ein-

Wie schon erwähnt, ging der „Steinbruch“ nach der Mitte spitz zu, daß es für Jos sehr schwer war, nicht auszugleiten, wenn er aufstand, und ganz unmöglich, Steine durch das Gitter zu werfen, wenn er da unten saß. Dazu war es dort noch sehr finster und die feuchte, kalte Luft brachte bei ihm ein beständiges Frösteln hervor. Seit jener Nacht, in dem er auf dem Trafalgar Square den bösen Traum gehabt, litt er an einem häßlichen Husten, und sein Kopf war ihm jetzt viel schwerer, als wenn er sonst einen großen Haufsch gehabt hatte. Immer und immer wieder mußte er in der Arbeit eine Pause machen, denn so heftiges Seitenstechen fühlte er, daß ihm der Hammer entfiel, als ob seine Hand gelähmt wäre.

Zuguterletzt flog ihm noch ein kleines Stückchen Stein ins Auge, und vollständig außer stande, weiter zu arbeiten, lief er in den furchtbarsten Schmerzen in seiner Zelle auf und ab.

Trotzdem er sein Arbeitspensum noch nicht bewältigt hatte, entließ man ihn doch am nächsten Morgen, denn sein Auge war ganz mit Blut unterlaufen und das obere Lid war heruntergefallen. Der Inspektor band ihm ein altes Taschentuch um die Stirn und sagte zu ihm:

„Kommen Sie nicht innerhalb der nächsten vier Wochen wieder, sonst müßten wir Sie noch einmal so lange hier behalten, merken Sie sich das. Wenn Sie aber mal wieder kommen, dann können Sie Berg zupfen, denn zu anderem sind Sie ja doch nicht zu gebrauchen, entweder sind Sie zu dumm oder zu faul. Wenn ein kleiner Dulliger Steine brechen kann, dann muß es doch ein so großer Kerl wie Sie erst recht können.“

„Es ist keine Faulheit,“ entgegnete Jos, es kommt nur auf den „Piff“ an.“

(Fortsetzung folgt.)